

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 292 · 25. JAHRGANG · AUSGABE 6/2019 VOM 4. JUNI 2019 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Parteiausschluß für LINKE Landtagsmitglieder**
Nach Zustimmung zum Polizeigesetz

8/9 | **Neues vom braven Soldaten Schweyk**
Über Friedensgespräche mit Taliban

12 | **Ret Marut – Pseudonym eines Rebellen**
Zum 50. Todestag von B. Traven

Genossenschaft wird Mietpreistreiber

Die neuen Vorstände der jüngst in »1893« umbenannten Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow eG **VOLKER KLICH** und **GUIDO NEUHAUS** sind inzwischen seit drei Jahren im Amt. Die Genossenschaftler erwarteten einen frischen Wind. Und zunächst schien es auch, als hätte eine Art Aufbruchsstimmung die Genossenschaft erfaßt.

Doch mittlerweile entpuppte sich der frische Wind als eisiger Sturm. Die Genossenschaft – einst im Jahre 1893 als Alternative zur kapitalistischen Verwertung von Wohnungen als Ware gegründet – repräsentiert inzwischen selber unverhohlenen eiskalten Renditekapitalismus.

Zweck der Genossenschaft ist laut ihrer Satzung »die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung«. Die neue Geschäftsführung hat allerdings eine ganz eigene Auffassung dazu, was »gut, sicher« und was »sozial verantwortbar« ist. In einem Interview für das Mitgliederjournal »Genossenschaftsgeflüster« sprach Vorstand Volker Klich jüngst aus, worum es geht, nämlich darum, daß »wir Stück für Stück die Mietpotentiale ausschöpfen«. Dies entspanne »nicht nur die wirtschaftliche Situation«, so Klich weiter, sondern »auch unsere Mitglieder haben wieder was davon, daß sie Eigentümer der 1893 sind.«

Da klingt dann doch noch an, daß die Genossenschaftsmitglieder nicht Mieter sind, sondern gemeinsame Eigentümer ihrer Wohnungen. Konkret haben die Mitglieder vor allem eines von dem »neuen Wind«: Erhöhungen der Nutzungsentgelte!

GERD MARKMANN

(siehe auch den Beitrag »Abriß und Sanierung« auf Seite 7)



»Wir fangen an!« informierte Anfang des Jahres die Wohnungsgenossenschaft auf großen Schildern. Und sie fing an – mit dem Abriß von 90 Wohnungen (im Video hier: maxe-eberswalde.de/?nr=3201903011). Zugleich fing die Genossenschaft damit an, teils deftige Mieterhöhungsverlangen an ihre Mitglieder zu verschicken.

Foto: Thomas Gädicke

Betroffene organisieren sich



Eberswalde (bbp). Die Protestplakate in der Spreewaldstraße sind längst abgeräumt. Irgendjemand hatte sie nach der Demonstration gegen Mietenwahnsinn und Wohnungsabriß am 8. April in Eberswalde an dem Haus der Wohnungsgenossenschaft 1893 eG befestigt. Die Genossenschaftsverwaltung duldet das nicht.

Derzeit werden an Wohnungsnutzer der Genossenschaft teils drastische Nutzungsentgelt-Erhöherungsverlangen verschickt. Die Betroffenen haben inzwischen begonnen, sich zu vernetzen.

Kontakt: mieten@alternative-eberswalde.de

»Ausschöpfung der Mietpotentiale«

Aktuelle Nutzungsentgelterhöhungen im Bestand

- Finow-Ost (Kopernikusring): 9 % mehr
- Brbg. Viertel (Prenzlauer Straße): 15 % mehr
- Brbg. Viertel (Spreewaldstraße): 30 % mehr

Wohnungsangebote für neue Nutzer:

(jeweils 3-Raum-Wohnung, 61,11 m², Bj. 1970-89, Ausstattungsklasse 3), im Brandenburgischen Viertel

- Frühjahr 2017: zwischen 4,90 und 5,25 Euro/m² (bis 5 Prozent über Mietspiegel 2016)
- Frühjahr 2018: zwischen 5,00 und 5,50 Euro/m² (bis 10 Prozent über Mietspiegel 2016)
- Frühjahr 2019: zwischen 5,97 und 6,53 Euro/m² (bis 31 Prozent über Mietspiegel 2016)

Die Preisforderungen für neue Genossenschaftsmitglieder stiegen damit innerhalb von nur zwei Jahren um 24 Prozent, davon allein im letzten Jahr um 19 Prozent.

Die Kimmerriche

Glaukt man den Kommentaren, haben die Ergebnisse der Europawahl und der Kommunalwahlen die Verwirrung der Menschen und Parteien nicht verringert. Sogar die klugen Redakteurinnen und Redakteure wissen nicht recht etwas mit den Ergebnissen anzufangen und spekulieren wild über Koalitionen, Personen und Intrigen. Im Europaparlament, in den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen sitzen nun Vertreterinnen und Vertreter von noch mehr Parteien, Initiativen und Listen. Die Auswahl der Wählerinnen und Wähler war sehr groß. Sie haben auch brav und häufiger ihr Wahlrecht genutzt. Plakate und Parolen gab es reichlich. Daran kann es nicht liegen.

Den Wahlsiegern folgt ein Fünftel bis ein Siebtel der Wählerinnen und Wähler. Die Retterinnen des Klimas und die Beschützer des Nationalstaates konnten weitere Menschen überzeugen, während traditionelle Botschaften der bräsigen und ratlosen Mitte und der etablierten Organisationen folgenlos verhallten. Ein klares und überzeugendes Ergebnis sieht anders aus. Damit setzte sich eine Entwicklung aus den Vorjahren fort. Die Verhältnisse nähern sich denen in unseren Nachbarländern. Augenscheinlich sind Botschaften diffus und Konzepte können nicht überzeugen. Plan und Programm lassen sich schwer erkennen. An Sinn und Verstand herrscht Mangel. Statt dessen hören wir eine Vielzahl von Meinungen und Absichten. Diese wechseln oft wie das Wetter. War da nicht vor kurzem noch was mit Krieg, Finanzkrise und dem Mann mit dem Toupet aus Amerika? Auf jeden Fall wollen sie sich kümmern, um uns, um den Aufschwung, um das Klima und um die Armen.

Für die Wahlen zum Landtag läßt sich Ähnliches erwarten. Was ist nur los? Steht ein Weltuntergang bevor? Kommt Cyborg auf die Erde? Oder fehlen Ideen?

Mitnichten, wahrscheinlich geht es um Macht. Natürlich um Macht über die Anderen und das viele Geld. Das muß gewissenhaft ausgeführt und verschleiert werden. Natürlich für uns und an uns, für den Aufschwung, das Klima und die Armen und Bedürftigen. Man kann gar nichts dagegen tun. Man muß sich aufopferungsvoll kümmern und verteilen. Es geht gar nicht anders. Es geht um die Gerechtigkeit. Dafür braucht es immer neue Konzeptionen, Organisationen, den TÜV und viel Nebel.

Natürlich könnten man auch weniger arbeiten und sich um sich selbst kümmern. Das wäre zu einfach. Dann bekämen der Aufschwung, das Klima und die Armen nichts ab. Und die vielen Kümmerer könnten sich um niemanden und nichts kümmern.

Also wird die Blase wachsen, gedeihen und immer größer werden, bis sie platzt. Bis es einen besseren Plan gibt. Daran arbeiten wir.

Machen Sie mit!

2 | Dr. MANFRED PFAFF

Fehler bei der Kreistagswahl

Eberswalde (bbp). Nach der Wahl zum Kreistag Barnim hat die Kreiswahlleiterin einen Wahlanspruch erhoben. In Bernau wurden in den Wahlbezirken 8 (Eichwerder) und 36 (Birkholzau) die Stimmzettel vertauscht. Stimmzettel, die eigentlich für den Wahlkreis 3 gedacht waren, kamen im Wahlkreis 4 zum Einsatz – und umgekehrt. Deshalb müssen nun die dort abgegebenen Stimmen für ungültig erklärt werden. Wie die stellvertretende Kreiswahlleiterin Birgit Hünke informierte, betrifft das insgesamt 217 Stimmzettel mit 651 Stimmen.

»Das könnte im Extremfall auch Auswirkungen auf das Ergebnis der Mandatsverteilung haben.« Dem Kreistag werde nun vorgeschlagen, die Wahl in diesen beiden Wahlbezirken zu wiederholen. Als Termin dafür ist der 1. September vorgesehen, der Tag der Landtagswahl. Die aktuell errungenen Mandate behalten bis dahin ihre Gültigkeit und die getroffenen Entscheidungen bleiben rechtswirksam (vgl. § 58 Abs. 3 BbgKWahlG). Aus der Nachwahl könnten sich Veränderungen bei der Sitzverteilung und der Mandatsträger ergeben.

Protest gegen Mega-Bauvorhaben

Planungen für 3.000 neue Wohnungen in Bernau-Friedenstal

Bernau (bvb). Wie erst jüngst bekannt wurde, plant ein Schweizer Investor die Errichtung von mehr als 3.000 Wohnungen in Bernau-Friedenstal auf freiem Feld zwischen Schönower Chaussee, Autobahn und Zepernicker Chaussee. Wie aus der Webseite des Architekturbüros hervorgeht, soll noch in diesem Jahr die Planung abgeschlossen sein. (www.kocherarchitekten.com/aktuell/bernaufriedenstal/)

Die Bernauer Stadtverordnetenversammlung wurde über dieses Vorhaben in keiner Weise informiert, gibt der Fraktionsvorsitzende von BVB/Freie Wähler Péter Vida zu bedenken. Es gebe keine Vorlage, keine Mitteilung. Inzwischen soll der Investor das Grundstück bereits gekauft haben. Vor einem Monat soll es auch ein Treffen des Investors mit Bürgermeister Stahl und Stadtplanungsamtsleiterin

Hirschfeld gegeben haben, bei die Pläne hinterlegt worden sind. »Wir wenden uns gegen das Mega-Bauvorhaben, das einen weiteren Bevölkerungsanstieg von mindestens 7.000 Bürgern bedeuten würde«, versichert Vida. Ein derartiger Zuwachs sei infrastrukturell nicht verkraftbar. Zudem werde die vorhandene Freifläche auch unter ökologischen Gesichtspunkten als Belüftungskorridor benötigt.

»Noch vor wenigen Monaten versprach Bürgermeister Stahl«, so Vida, »daß keine weiteren Bauprojekte geplant werden sollen. Wir fordern, daß unverzüglich eine transparente Information der Öffentlichkeit erfolgt. Wie kann es sein, daß ein Architekturbüro bereits öffentlich mit der Errichtung wirbt, ohne daß die betroffenen Einwohner und die SVV darüber in Kenntnis gesetzt wird? Wir protestieren gegen dieses Vorgehen.«

Ein Kleinwindrad auf dem »Mont Ihrke«

Eberswalde (bbp). »Der Sitz der Barnimer Dienstleistungsgesellschaft mbH mit dem Recyclinghof und gleichzeitigem Sitz der Kreiswerke Barnim GmbH ist ein besonderer Standort in Eberswalde, bei dem die Belange der Abfallwirtschaft und der benachbarten Wohnbebauung in Einklang gebracht werden müssen«, heißt es in einer Mitteilung der Kreiswerke. Durch eine enge Zusammenarbeit mit der Stadt Eberswalde gelinge hier die Entwicklung eines modernen Standortes, an dem sich die Themen der Abfall- und Energiewirtschaft ergänzen. Dabei gehe es unter anderem um die Fertigstellung

der Deponiesicherungsmaßnahmen, in deren Folge der höchste Berg im Landkreis Barnim entstand. Am Fuß des Deponiekörpers ist eine Photovoltaik-Freiflächenanlage geplant. Auch ein Forschungsvorhaben zur Kompostierung von Inhalten aus Trockentoiletten ist vorgesehen. Krönung des Ganzen und insbesondere des Deponieberges soll die Errichtung eines Kleinwindrades werden. Der im Volksmund »Mont Ihrke« genannte Müllberg erhält damit einen Aufbau, der als weithin sichtbares Zeichen vom Erfolg des Alternativen-Energie-Konzepts ERNEUER.BAR künden wird.

Stadtumbaugebiet erweitert

Eberswalde (bbp). Auf ihrer letzten Sitzung vor den Kommunalwahlen am 29. April haben die Stadtverordneten unter anderem die Erweiterung der als Stadtumbaugebiet ausgewiesenen Flächen beschlossen. Für diese Flächen kann nun Fördergeld aus dem Stadtumbauprogramm akquiriert werden.

Neben dem Abriß des Garagenkomplexes östlich der Waldsportanlage (Seite 4) betrifft dies den Schwanenteich Finow, wo eine landwirtschaftliche Aufwertung denkbar wäre.

Künftig kann Stadtumbaufördergeld auch für den Abriß der Gebäude des ehemaligen Behördenzentrums an der Eberswalder Straße genutzt werden. Laut Flächennutzungsplan ist hier eine Renaturierung mit dem Ziel der Aufwaldung vorgesehen. Das Stadtumbaugebiet östlich des Hauptbahnhofs wurde erweitert und umfaßt nun den gesamten Bereich zwischen Eisenbahnstraße und dem Betriebsgelände Bahnwerk und reicht nun bis zum Empfangsgebäude des Hauptbahnhofs.

Kreistag Barnim:

Die GaGroKo hat deutlich eingebüßt

Eberswalde (bbp). Die einstige GaGroKo (*Ganz Große Koalition* – © K. Oehler) aus LINKEN, SPD und CDU, die bisher über 56 Kreistagsitze verfügten, verlor ihre bisherige Dominanz und kann nur noch auf 26 Kreistagsabgeordnete zurückgreifen. Zwar hatte die CDU bereits vor längerem ihre offizielle Zusammenarbeit beendet und versuchte sich, als Opposition zu generieren, aber das wirkte sich nur unwesentlich auf ihr Abstimmungsverhalten aus.

Hinzu kommen zwei Vertreter des BAUERNVERBANDES und einer vom BÜNDNIS SCHORFHEIDE, die bisher mit LINKEN bzw. CDU eine Fraktion bildeten.

BÜRGERFRAKTION BARNIM und FDP, die eine Fraktion bildeten, verloren einen Sitz, die

BÜNDNISGRÜNEN gewannen zwei Sitze hinzu, wie auch BVB/FREIE WÄHLER. Die beiden Gruppierungen sind nunmehr mit 6 bzw. 7 Abgeordneten im Kreistag vertreten. Die AfD kam auf 8 Sitze. Jeweils einen Sitz errangen das BÜNDNIS FÜR BERNAU, dessen Vertreter bislang der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER angehörte und neu DIE PARTEI.

»Da es aufgrund des Absturzes der etablierten Parteien keine klaren Mehrheitsverhältnisse mehr gibt«, so Thomas Strese von BVB/FREIE WÄHLER, »hoffen wir, daß es endlich zu einer inhaltsorientierten Befassung mit Beschlußanträgen kommt. Die Zeit der starren Koalitionen und des Durchstimmens entlang von Parteilinien muß ein Ende haben. Inhalte zählen.«



Foto: GERD MARKMANN

Boginski for Kreistag

Zum Wahlsieg des FDP-Kandidaten Friedhelm Boginski

Der Eberswalder FDP-Kandidat zur Wahl des Kreistages Barnim Friedhelm Boginski war erfolgreich. Mit 972 Stimmen gelang es ihm, einen der beiden FDP-Plätze im neuen Barnimer Kreistag zu ergattern. Wir als Listenvereinigung DIE PARTEI ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE gratulieren dem Eberswalder von ganzem Herzen für diesen Wahlerfolg und fordern Friedhelm Boginski auf, das Mandat nun auch freudig anzunehmen.

Friedhelm Boginski hat auf eine Abgeordnetenanfrage zur Eberswalder Stadtverordneten-

versammlung am 29. April 2019 erklärt, daß er sich als gewählter Kreistagsabgeordneter »vermehrt für die Stadt Eberswalde einsetzen würde«. Also noch mehr als jetzt schon!

Herr Boginski, die Stadt Eberswalde braucht Sie im Kreistag Barnim. Setzen Sie sich vermehrt für unsere Stadt ein.

Wir zählen auf Sie. Nehmen Sie das Kreistagsmandat an!

Die Eberswalderinnen und Eberswalder werden es Ihnen danken.

DIE PARTEI ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE

StVV Eberswalde:

Acht Wahlsieger

Die Kommunalwahlen am 26. Mai erbrachten an vielen Orten bemerkenswerte Ergebnisse. In Eberswalde gab es beispielsweise keinen Wahlverlierer. Allen zwölf Wahlträgern gelang mit mindestens einem Stadtverordneten der Einzug in die Eberswalder Volksvertretung.

Sogar der frühere »Linksrebell« aus dem Brandenburgischen Viertel, der es in seiner elfjährigen Polit-Karriere als Stadtverordneter schaffte, sich mit fast jedem seiner einstigen Mitsstreiter zu verkrachen, errang – nunmehr als Einzelbewerber – ganz knapp ein Stadtverordnetenmandat. Ein Mandat bekam auch dessen einstiger Wahlträger, die ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE, die diesmal mit Der PARTEI und der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« als Listenvereinigung antrat und mehr als doppelt so viele Stimmen einfuhr. Die Bürgerfraktion Barnim verfehlte ein zweites Mandat nur um wenige Stimmen und auch die Bürgerinitiative »Gegen B167neu« ist künftig mit einem Stadtverordneten vertreten.

Die übrigen acht Wahlträger bekamen alle von den Wählern zwischen drei und fünf Mandate zugesprochen. So erhält die künftige Stadtverordnetenversammlung eine sehr ausgewogene Struktur und alle acht können sich faktisch als Wahlsieger betrachten.

Das birgt Potential für ein vielfältiges und interessantes politisches Leben im höchsten Gremium der Stadt Eberswalde. Vielleicht ergeben sich sogar Chancen für eine vor allem sachorientierte Arbeit ohne die bisherige Diskriminierung der kleinen durch die großen Fraktionen. Da alle halbwegs gleichstark sind, fehlt dafür eigentlich die Grundlage. Und vielleicht besinnen sich die einstmals »Großen« und denken darüber nach, wieso ihnen die Wähler in Größenordnungen weggelaufen sind.

Ja, ja – die Hoffnung stirbt zuletzt.

GERD MARKMANN

StVV Bernau:

DIE LINKE verlor ihre Hochburg

Bernau (bbp). Die zweitgrößte Stadt des Barnim war viele Jahre lang eine sichere Hochburg der LINKEN, die mit André Stahl auch den Bürgermeister stellt. Zur Kommunalwahl am 26. Mai hat es die Wählerversammlung BVB/ FREIE WÄHLER geschafft, mit 21,5 % stärkste kommunalpolitische Kraft zu werden.

Die Gruppierung – 2014 noch als »Unabhängige« angetreten – konnte die Zahl ihrer Mandate auf 8 verdoppeln und stellt damit künftig die größte Fraktion in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung. »Wir nehmen das Ergebnis mit Demut und Dankbarkeit auf«, kommentiert der bisherige Fraktionsvorsitzende von BVB/FREIE WÄHLER Péter Vida das Ergebnis. »Alle Erwartungen wurden übertroffen. Das Resultat zeigt, daß inhaltliche Gradlinigkeit und klare Inhalte honoriert werden. Wir werden unsere Arbeit konsequent und gestärkt fortsetzen.«

Als Schwerpunkte nennt er die bessere Steuerung des Zuzugs, keine weiteren Windräder in den Bernauer Ortsteilen, sinnvolle Verkehrskonzepte für alle Stadtteile sowie den Ausbau der Bürgerbeteiligung und der demo-

kratischen Mitwirkungsmöglichkeiten. DIE LINKE verlor vier von ihren bisher elf Sitzen und ist künftig mit sieben Stadtverordneten vertreten.

Wahlverlierer sind auch die SPD, das Bündnis für Bernau, die jeweils zwei Sitze einbüßten und die CDU, die einen Sitz verlor. Die Piraten sind nicht mehr in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung vertreten. Dafür legten die Grünen als deren Fraktionspartner zu. Neu in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung vertreten sind die AfD mit vier und Die PARTEI mit einer Abgeordneten.

»Die Verwaltung ist bereit für die Aufgaben der neuen Wahlperiode und steht als verlässlicher Partner im Sinne einer positiven Entwicklung Bernaus an der Seite der Kommunalpolitik«, versichert Bürgermeister André Stahl. »Ich freue mich natürlich auf die vielen neuen Gesichter. Und so manches ist ja beständig: In Bernau ist es schon lange Tradition, daß man sich für jede Entscheidung neue Mehrheiten suchen muß. Daran wird sich mit Sicherheit auch in der neuen Wahlperiode nichts ändern.«

Nach der Zustimmung zum Brandenburger Polizeigesetz:

»Parteiausschluß für LINKE Landtagsmitglieder«

Potsdam/Siegen-Wittgenstein (bbp). Der Landtag Brandenburg hat im März das neue Landespolizeigesetz beschlossen, mit dem die Polizisten erheblich mehr Befugnisse erhalten. So können sogenannte »Gefährder« künftig bis zu vier Wochen vorbeugend in Haft genommen werden. Die Polizei kann verdachtsunabhängig Kontrollen ausweiten – und die sogenannte Schleierfahndung künftig nicht nur an der Grenze, sondern auch an Bundesfernstraßen und Raststätten durchführen. Außerdem können jetzt Einsätze der Beamten mit Körperkameras dokumentiert werden und die Speicherfristen für öffentliche Videoüberwachung kann von zwei Tagen auf zwei Wochen verlängert werden. Inhaftierten steht erst nach vier Tagen das Recht auf einen Anwalt zu. Wochenlange Meldeauflagen, Kontaktverbote und Aufenthaltsgelbte richten sich gegen »Terrorverdächtige«. Wie im Fall des Soziologen Andrej Holm sichtbar wurde, geraten aber auch politisch engagierte Menschen in den Fokus der Polizei und werden bequem mit dem Label »terrorverdächtig« ausgestattet – um polizeiliches Handeln zu legitimieren.

In der Linkspartei hatten die Brandenburger Polizeigesetzpläne im Vorfeld erhebliche Proteste ausgelöst, weil die vorgeblich gegen Terroristen gerichteten Befugnisse auch gegen soziale Bewegungen, Proteste und Streiks angewendet werden können. Der Brandenburger Linksfraktionschef RALF CHRISTOPHERS hatte das Gesetz demgegenüber verteidigt und als »Gegenentwurf zu Bayern« bezeichnet. Vor der Landtagsabstimmung hatte der Landesvorstand der Partei mit großer Mehrheit bei vierzehn Ja- und vier Nein-Stimmen die Annahme des verschärften Gesetzes empfohlen.

Die meisten Abgeordneten der Linken-Fraktion folgten dem. Es gab lediglich eine Gegenstimme und eine Enthaltung.

In ihrem Programm setzt sich DIE LINKE u.a. »für den Ausbau der Bürgerrechte und die Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche« ein.

Demokratischer Sozialismus orientiere sich an den Werten der Freiheit, Gleichheit, Solidarität, an Frieden und sozialökologischer Nachhaltigkeit. Diese bestimmen auch die Mittel auf dem Weg zu einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft. Demokratischer Sozialismus fördert die Entfaltung der zivilisatorischen Entwicklungspotentiale der Gesellschaft und zielt auf grundlegende Veränderungen der herrschenden Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse. Er verbindet Protest und Widerstand, den Einsatz für soziale Verbesserungen und linke Reformprojekte unter den gegebenen Verhältnissen und die Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus zu einem großen Prozeß gesellschaftlicher Umgestaltung, der das 21. Jahrhundert bestimmen wird...

Gegen den Abbau von Bürgerrechten und den Ausbau des Sicherheitsstaates setzen wir auf die Stärkung der individuellen Rechte, den Schutz persönlicher Daten, Partizipationsmöglichkeiten sozialer Organisationen und Bewegungen und auf eine unabhängige demokratische Kontrolle der staatlichen Sicherheitsorgane. Wir unterstützen Initiativen der demokratischen Selbstverwaltung öffentlicher Räume. Wir lehnen den Ausbau des Überwachungsstaates ab und fordern die strikte Trennung und demokratische Kontrolle von Polizei, Bundeswehr und Geheimdiensten. Wir wollen die Geheimdienste abschaffen...

Wir wollen Menschen ermutigen, sich gegen Politik zur Wehr zu setzen, die ihren Interessen widerspricht - mit Demonstrationen, Bürgergehren und zivilem Ungehorsam, aber auch mit den Mitteln politischer Streiks und des Generalstreiks.«

Dabei wurde klar, daß hier einzelne Abgeordnete gegen Wissen und Gewissen abgestimmt haben, um das Zerbrechen der Landesregierung zu verhindern. »Parteizwänge und machtpolitische Ziele haben inhaltliche Aspekte in den Hintergrund gedrängt«, schreibt das Bündnis gegen das neue Brandenburger Polizeigesetz »#noPolGBbg« in seinem Internetblog. Dies würden Wortmeldungen der LINKEN-Abgeordneten Margitta Mächtig und Anita Tack nach der Abstimmung bezeugen.

MARGITTA MÄCHTIG war zur Landtagswahl 2014 im Wahlkreis Eberswalde angetreten. Sie erklärt, ihre Zustimmung beruhe nicht auf Überzeugung, sie wolle lediglich nicht mitverantwortlich sein für die »Destabilisierung der politischen Führung des Landes«. Datenschutzrechtlich sei das neue Gesetz ihrer Auffassung nach unhaltbar. Die Biesenthalerin fordert Kritiker auf, gegen den Entwurf zu klagen. ANITA TACK äußerte sich ähnlich: Auch sie ist nicht von der Erweiterung polizeilicher Befugnisse überzeugt und kündigte an, sich öffentlich auch weiterhin dagegen zu positionieren.

Nunmehr gibt es scharfen Gegenwind aus der Partei. Einen Tag nach den Kommunalwahlen vom 26. Mai verkündete der Kreisvorstand der LINKEN in Siegen-Wittgenstein seinen Antrag auf Parteiausschluß jener Mitglieder der Brandenburger Linksfraktion, die dem Polizeigesetz zugestimmt hatten – »nach langer Überlegung«, wie es heißt.

Die Antragsteller sehen in dem Abstimmungsverhalten einen substantiellen Verstoß gegen das Programm ihrer Partei. »Die Partei DIE LINKE«, stellen sie klar, »positioniert sich

auf der Seite derer, die für gleiche Rechte für Alle kämpfen, und niemals auf Seite derer, die anderen Menschen ihre grundlegenden Rechte auf Leben in Würde und Freiheit verweigern wollen«. Mit jeder Zustimmung »zu weniger Bürgerrechten und mehr Polizeibefugnissen« positioniere man sich »auf der Seite derjenigen, die das System verteidigen und nicht mehr auf der Seite derer, die es überwinden wollen. Mit der Zustimmung zu diesem Polizeigesetz wurden die ohnehin schon geringen Möglichkeiten beschnitten, für einen Systemwechsel auch außerhalb der Parlamente zu kämpfen. Mit dieser Zustimmung wurde die Entscheidung getroffen, lieber in der Festung Kapitalismus zu stehen, als davor. Sie ist somit nicht vereinbar mit den grundlegendsten Prinzipien unserer Partei, sie verstößt gegen zahlreiche Vereinbarungen, die wir gegenseitig mit unserem Parteiprogramm eingegangen sind. Sie entfremdet uns von unseren außerparlamentarischen Bündnispartnern, sie beschränkt uns selbst in unseren außerparlamentarischen Rechten und Pflichten. Sie nimmt uns unsere Glaubwürdigkeit und somit unseren Sinn ... Man kann nicht für die Freiheit Aller kämpfen, indem man die Freiheit Unschuldiger massiv beschränkt. Man kann nicht aus taktischen Gründen Bürgerrechte beschneiden und Mitglied in der Partei DIE LINKE sein. Wir haben daher ihren Ausschluß aus der Partei beantragt.«

Quellen:

- <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/03/polizeigesetz-brandenburg-landtag-abstimmung-linke-spd-schroeter.html>
- Bündnis gegen das neue Brandenburger Polizeigesetz (<https://nopolgbbg.de>)
- Onlinezeitung scharf-links (tinyurl.com/y2a46jfh)
- Programm der Partei DIE LINKE

Mehr Polizeigewalt?

Wer von den Ermächtigungen für die Polizei profitiert, erlebten im April drei Mieter in der Heimatstraße, die mittels massivster Polizeigewalt aus ihren Wohnungen vertrieben wurden. (vgl. Seite 7 und BBP 5/2019)



Foto: GERD MARKMANN

Wahlversprechen:

Zwei Bäume für einen

BVB/Freie Wähler Bernau gibt den Einwohnern der Stadt ein Sonder-Versprechen anlässlich der Kommunalwahl. In Zukunft wollen und werden wir für jedes Baugebiet, für jede bauliche Maßnahme die Regel durchsetzen: Für jeden gefälltten Baum müssen zwei vor Ort gepflanzt werden.

Durch die zahlreichen neuen Wohngebiete kam es in den letzten Jahren in Bernau zum Abholzen weiter Baum- und sogar Waldgebiete. Die gesetzlich vorzunehmenden Ausgleichspflanzungen erfolgen zumeist weit entfernt und können den Natur- und Wohnklima-

verlust in Bernau nicht ausgleichen. In einer dicht bebauten Stadt wie Bernau stellt das Fällen eines Baumes einen größeren Verlust dar als die Pflanzung eines neuen Baumes am Rande eines entfernten Waldes an Gewinn bringt.

Daher sagen wir als BVB/Freie Wähler: Wir wollen den umweltfreundlichen Charakter unserer Stadt bewahren. Für jeden gefälltten Baum sollen in Zukunft zwei auf dem Stadtgebiet gepflanzt werden. Nur so können wir einen zunehmenden Versiegelung und Vegetationszerstörung entgegenzutreten. Hand drauf!

PÉTER VIDA



Foto: PÉTER VIDA

9. Völkerballturnier der Toleranz

Eberswalde (bbp). In einem stimmungsvollen Turnier in der Sporthalle des SV Motor an der Potsdamer Allee im Brandenburgischen Viertel errang im Finale des 9. VÖLKERBALLTURNIERS DER TOLERANZ die zweite Mannschaft von *Vorspiel SSL Berlin e.V.* den Sieg über die *Alt-Stars* aus Eberswalde. Im Duell um den dritten

Platz siegte *TheosGym* über die Mannschaft der *Zonenboys Eberswalde*, die das gelungene Zusammentreffen organisiert hatten.

Auf den weiteren Plätzen: *Moabits Beste I*, *Manowarriors*, *Vorspiel I*, *DonPromillo*, *Moabits Beste II* und die Mannschaft von *Die PARTEI Kreisverband Barnim*.

BI »Radwege in Eberswalde«:

Wahlteilnahme war erfolgreich

Mehr als 4.000 Menschen hatten sich 2017/18 am »Bürgerbegehren zur Wiederherstellung der bis Herbst 2016 geltenden Verkehrsführung in der Heegermühler Straße« beteiligt. Die Reduzierung der vorher vier Fahrspuren auf zwei »überbreite« Spuren zugunsten eines wenig genutzten »Radschutzstreifens« führte und führt zu Staus, Chaos, unnötiger Lärm- und Luftverschmutzung und erhöhter Unfallgefahr. Die Staus beeinträchtigen auch den Obusverkehr, dessen Taktzeiten sich verlängerten.

Viele Unterzeichner wohnen nicht in Eberswalde. Deren Unterschriften konnten daher vom Eberswalder Bürgeramt nicht mitgezählt werden. Doch mehr als 3.400 Unterschriften waren gültig und damit das Bürgerbegehren erfolgreich.

Der Barnimer Landrat Daniel Kurth hat das Bürgerbegehren in seiner Funktion als untere Kommunalaufsicht fast ein Vierteljahr lang geprüft und dann mit einer äußerst zweifelhaften Argumentation als unzulässig erklärt. Der Eberswalder Bürgermeister, der doch die Interessen der Eberswalder Bürger vertreten sollte, nahm die Beschränkung städtischer Souveränität widerstandslos hin. Statt sich für die demokratische Mitwirkung der Bürger stark zu machen, ließ er seinen Rechtsamtsleiter längst überholte und auf fiktiven Annahmen beruhende Erklärungen aus der Ablage hervorkramen, um damit »Überzeugungen der Verwaltung« zu begründen.

Was als Arroganz der Staatsmacht gegenüber den Bürgern aus Furcht vor einem unberechenbaren Bürgerentscheid erscheint, hat allerdings systemische Ursachen: In den Apparaten herrscht kollektive Verantwortungslosigkeit. Einer versteckt sich hinter dem anderen, Vorschriften dienen als Festungswall, hinter

dem verschaut es sich gut leben läßt. Vor allem davor geschützt, vielleicht mal irgendein praktisches Problem wirklich anzupacken oder gar lösen zu müssen.

In diesem Hase-und-Igel-Spiel sind die Verwaltungen immer die Igel und die Bürger einschließlich ihrer Abgeordneten die Hasen, die sich zu Tode rennen. Leider versuchen viele Volksvertreter, sich auf die Seite der Igel zu schlagen. Allzuvielen agieren gemäß dem Motto »Störenfriede blocken wir einfach ab«. Daher gab es unter den Stadtverordneten auch – von einzelner Häme abgesehen – kaum Reaktionen, als das Bürgerbegehren abgewimmelt wurde.

Wir als Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« werden uns damit nicht abfinden.

Erstmal haben wir Klage vor dem Verwaltungsgericht gegen den Landratsbescheid erhoben. Damit ist die Sache aber zunächst für unbestimmte Zeit auf's Abstellgleis geschoben. Daher will die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« auch alle politischen Möglichkeiten ausschöpfen.

Wir haben uns deshalb gemeinsam mit der Alternativen Liste Eberswalde (ALE), die bereits seit 2014 mit einem Vertreter in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung saß, und der Partei Die PARTEI an der Kom-

Neue Quartiersmanagerin

Eberswalde (bbp). Im Stadtteilbüro »Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel gibt es einen Wechsel. PATRICIA BERNDT, die seit Mai 2018 gemeinsam mit UTE TRUTTMANN als Quartiersmanagerin im Brandenburgischen Viertel tätig war, wird von JULIA KLEMM abgelöst. Sie übernimmt hier ihr erstes Quartiersmanagement nach dem Studium. Sprechstunde ist dienstags von 13 bis 18 Uhr.

65 Hortplätze fehlen

Eberswalde (bbp). Im Brandenburgischen Viertel lagen im April 65 Hortanmeldungen vor, die mangels Plätzen nicht bedient werden können. Wie Sozialdezernent Prof. Dr. Jan König im Ausschuß für Soziales, Bildung, Kultur und Sport der Stadt Eberswalde informierte, gebe es von Seiten des Bildungsvereins Buckow ein Angebot, entsprechende Kapazitäten zu schaffen. Das Betriebserlaubnisverfahren laufe, so daß zum 1. August 2019 die Kinder mit Hortplätzen versorgt sein sollen.

Bei dem Angebot des Bildungsvereins Buckow handele es sich um eine Übergangslösung für die Dauer von zwei Jahren. Danach ist eine dauerhafte Erweiterung der Kapazitäten im Brandenburgischen Viertel vorgesehen. Ziel sei, so der Dezernent, eine zentrale Lösung an einem Standort.

Geplant ist die Wiedernutzung der 2006 geschlossenen Kita »Spatzemest« als zentralen Hort mit 140 bis 150 Plätzen. Falls es dafür »fördertechnische« Hindernisse gibt, wird als Alternative ein Neubau auf dem Gelände der abgerissenen Schulen an der Brandenburger Allee ins Auge gefaßt. (siehe auch Seite 7)

www.maxe-eberswalde.de

munalwahl am 25. Mai beteiligt. Mit Erfolg. Unserem Mitstreiter MIRKO WOLFGRAMM gelang es, über die gemeinsame Liste ein Stadtverordnetenmandat zu erringen.

GERD MARKMANN und Dr. ULRICH POFAHL
(Sprecher der BI »Radwege in Eberswalde«)

Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Diskussion zur weiteren Behandlung der Petition zur Unterstützung der Ahrensfelder Tagesmütter. Konkret geht es um einen jährlichen Sachkostenzuschuß von 300 Euro, 20 Euro monatlichen Aufwendungszuschuß je Kind, die kostenfreie Teilnahme an von der Gemeinde geförderten Fortbildungen, die Übernahme der Kaltmiete sowie ein Startzuschuß von 500 Euro bei Neugründung einer Tagespflegestelle.

Die fünf Ahrensfelder Tagesmütter (Foto) sind vom Umgang mit der Petition enttäuscht. Jeder Bürger hat laut Grundgesetz das Recht, eine Petition (schriftliche Bitte) zu stellen.

Die Petition wurde bereits am 2.10.2018 gestellt und stand am 19.11.2018 auf der Tagesordnung der Gemeindevertretung. Von dieser wurde zunächst die Prüfung des rechtlichen Rahmens beschlossen. Zugleich wurden vor-

Kinder fotografieren ihren Kiez

Eberswalde (bbp). In der Bildungseinrichtung Buckow in der Spreewaldstraße 20/22 läuft derzeit ein Projekt mit Kindern aus dem Viertel. Unter Anleitung suchen sich die Kinder Motive im Kiez, lernen es, sie attraktiv ins Bild zusetzen und schließlich zu bearbeiten und zu präsentieren. Letzteres geschieht am 24. August, in einer Ausstellung auf dem Potsdamer Platz (kleeblatt@bebuckow.de).

Videoüberwachung gefordert

Wer in den S-Bahnhöfen von Zepernick und Röntgental sein Fahrrad abstellt, läuft Gefahr, den Heimweg zu Fuß anzutreten. Die beiden Panketaler Bahnhöfe gelten laut polizeilicher Einschätzung als stark gefährdet, was Fahrrad-diebstähle angeht. Nicht ohne Grund fordern die Bürger der Gemeinde seit Jahren entsprechende Maßnahmen, deren Umsetzung trotz Ankündigung des Bürgermeisters weiter auf sich warten läßt.

Daher haben wir eine entsprechende Vorlage in die Gemeindevertretung Panketal eingebracht. Im Ortsentwicklungs- und Finanzausschuß wurde sie bereits mit Mehrheit angenommen. Sicherheit darf kein Luxus sein und hat oberste Priorität.

CLEMENS HERRMANN, BVB/FW Panketal

Garagen sollen weg

Eberswalde (bbp). Nach Fertigstellung der Waldsportanlage soll der östlich angrenzende Garagenhof abgerissen und neu gestaltet werden. Das Gebiet wurde in das Stadtumbaugebiet aufgenommen, um für diesen Zweck Fördergelder aus dem Stadtumbauprogramm nutzen zu können. Ein großer Teil der Garagen steht leer. Die Bestandsgarantie für Garageneigentümer auf städtischen Grundstücken, die die Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2004 beschlossen hatte, läuft 2019 aus.

Der Provinzialausschuß von Ahrensfelde

In der Sozialausschußsitzung vom 13. Mai waren nur drei Ausschußmitglieder, vier sachkundige Einwohner, der Bürgermeister und ein Verwaltungsvertreter anwesend. Der Vorsitzende begrüßte alle interessierten Einwohner stellte fest, daß der Sozialausschuß nicht beschlußfähig ist und die öffentliche Sitzung wurde sofort wieder geschlossen. Alle Einwohner gingen und dann kam noch ein verspätetes Ausschußmitglied zur Sitzung, aber diese war ja schon geschlossen! Ein Schelm, wer Böses denkt.

sorglich Mittel in den Haushalt 2019 eingestellt. Am 28.3.2019 erhielt die Gemeinde eine Antwort von der Kommunalaufsicht.

Seit nunmehr einem Jahr läuft die Anfrage auf finanzielle und fachliche Unterstützung der Kindertagespflege durch die Gemeinde Ahrensfelde. Andere Gemeinden unterstützen ihre Tagesmütter und -väter schon seit Jahren, aber in Ahrensfelde tut man sich schwer. In der Gemeindevertretersitzung am 15.4.2019 wurde beschlossen, daß der Sozialausschuß noch einmal darüber berät.

Die Antwort der Kommunalaufsicht ist für alle Interessierten öffentlich einsehbar. Darin heißt es: »Nach der Regelungssystematik handelt es sich bei der Finanzierung der Kindertagespflege ... um ein Finanzierungssystem, in dem Zuschüsse durch die Kommune nicht vorgesehen sind.« Jedoch ist Kinderbetreuung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und die Gewährung von Zuschüssen an Tagespflegepersonen ist durch eine Gewährung von zusätzlicher freiwilliger Leistung der Gemeinde möglich. »Eine Grenze bildet die Finanzierbarkeit von Zuschüssen unter der Berücksichtigung der konkreten Haushaltssi-

tuation der Gemeinde«, so die Antwort der Kommunalaufsicht. Nun haben die Gemeindevertreter in den Haushaltsplan 2019 Gelder für die Kindertagespflege eingestellt, aber eine Entscheidung kann nicht getroffen werden?!

»Im Ergebnis schreibt der Gesetzgeber weder bei der Erstattung des Sachaufwandes noch bei der Gewährung eines Betrages zur Anerkennung der Förderleistung eine konkrete Finanzierungshöhe vor. Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe muß weder dafür sorgen, daß jeder Sachaufwand auf Nachweis erstattet wird, noch muß er dafür sorgen, daß Tagesmütter und -väter ein auskömmliches Einkommen haben.«

Eine bessere Begründung für die Petition kann es nicht geben. Wir Ahrensfelder Tagesmütter wollten inhaltlich aufklären und auf die Situation in der Kindertagespflege aufmerksam machen, so haben wir an der deutschlandweiten Aktionswoche »Gut betreut in Kindertagespflege« teilgenommen und sowohl die Gemeindevertreter als auch die Presse eingeladen. Die, die unserer Einladung gefolgt sind, haben uns zugehört, anscheinend haben wir da einen Nerv getroffen. Vielleicht ist der Zeitpunkt »unpassend«. Aber wenn nicht jetzt, wann dann? Damit soziale und bildungspolitische Fragen in der Gemeinde und im Kreis ernst genommen und schneller gelöst werden, müssen wir selbst was tun. Ich möchte eine aktive Bürgerbeteiligung und Chancengleichheit für alle, deshalb stelle ich mich zur Wahl auf für den Kreis und die Gemeinde*.

EVELYN FREITAG

* Unserer Autorin gelang auf der Liste »Die Ahrensfelder Unabhängigen« (Bestandteil der Listenvereinigung BVB/Freie Wähler) der Einzug in die Ahrensfelder Gemeindevertretung.



Foto: E. Freitag

Am Bahnhof Eberswalde:

Privatparkplatz spart öffentliches Parkhaus

Da reibt man sich schon verwundert beim Lesen der MOZ die Augen. Strahlende Mitarbeiter der Stadtverwaltung, der Bürgermeister selbst und ein glücklicher Investor beglückwünschen sich gegenseitig zur Schaffung einer neuen Zweiklassengesellschaft bei der Nutzung von Parkraum in Bahnhofsnähe. Na ja, gegen eine »kleine« monatliche Gebühr als Einstiegspreis (wann kommt die erste Erhöhung?) kann jetzt ein Platz erworben werden, aber man kann ja auch früher aufstehen, um einen der (wie lange noch?) kostenfreien Plätze zu ergattern, wenn man sich eine Bezahlung nicht leisten kann.

Und, oh Freude, es wird kein Parkhaus mehr benötigt. Weshalb ist eigentlich der neue Park-

platz nicht durch die Stadt und ebenfalls zur kostenfreien Nutzung errichtet worden? Hat man den Verkauf der Fläche verschlafen und nicht von einem Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht, welches sicherlich gegeben war? War es vielleicht nur der bequemere Weg, welcher der Stadt Kosten sparte, auf Einnahmen hoffen läßt und einer perspektivische Umwidmung der jetzt noch kostenfreien Plätze den Weg öffnet? Dem Bürgerwohl dient eine solche Herangehensweise sicherlich nicht, aber dem sollte eine öffentliche Verwaltung doch verpflichtet sein, meine ich.

Bin ich hier vielleicht zu argwöhnisch und erwarte zu viel?

HEIKO HAASE

Abriß und Sanierung

Kooperationsvereinbarung zwischen Stadt, Wohnungsgenossenschaft und Ministerium

Eberswalde (bbp). Die Stadtverordneten haben auf der Sitzung am 29. April die Verwaltung ermächtigt, eine Kooperationsvereinbarung mit dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) sowie der Wohnungsgenossenschaft 1893 eG auszuhandeln. Ein entsprechender Entwurf, auf dessen Grundlage verhandelt werden soll, lag den Stadtverordneten vor. Die Schlußfassung soll den Eberswalder Stadtverordneten im September vorgelegt werden. In der Vertreterversammlung der Genossenschaft, die am 12. Juni im Tourismuszentrum im Familiengarten zusammentritt, steht die Kooperationsvereinbarung nicht auf der Tagesordnung.

Dabei gehen die Bemühungen, zu solch einer Kooperationsvereinbarung zu kommen, bereits auf Anfang 2018 zurück. Bis Juni 2018 hatten Genossenschaftsführung und Stadtverwaltung bereits erste Überlegungen zu Inhalt und Form erarbeitet, die in der 2018er Vertreterversammlung keine Erwähnung fanden.

Indes gab es fast zeitgleich ein »erstes Abstimmungsgespräch« bei der Investitions- und Landesbank (ILB) und mit dem MIL das ein »grundsätzlich positives Signal« setzte, aber auch »Hausaufgaben mitgeben« wurden. So hatte die Genossenschaft »vor allem die wohnungswirtschaftliche Seite und Finanzierungsfragen zu klären«. Demzufolge war es wohl kein Zufall, daß gerade ab diesem Zeitpunkt der Wohnungsabriß kommuniziert wurde, von dem auf der Vertreterversammlung vom verschämten Drumherumreden abgesehen noch keine Rede war. »Inzwischen sind die Hausaufgaben erledigt«, heißt es in der Sachverhaltsdarstellung des Stadtentwicklungsamtes. Zwei Wohnhäuser mit 96 Wohnungen sind bereits abgerissen. Der Abriß eines dritten Hauses mit 43 Wohnungen ist im Jahr 2021 geplant.

Inhaltliches Ziel der Kooperationsvereinbarung ist laut Stadtentwicklungsamt die integrierte Weiterentwicklung des Brandenburgischen Viertels mit den fünf Handlungsfeldern: Anpassung des Wohnungsangebots, Aufwertung des öffentlichen Raums und des Wohnumfeldes, Anpassung des Infrastrukturangebots, Öffentlichkeitsarbeit, Imageverbesserung und Beteiligung sowie Klimaschutz und Klimaanpassung. Dafür sollen die Fördermittel aus den Bereichen soziale Wohnraumförderung des Landes Brandenburg, aus dem Stadtbau, aus dem Programm »Soziale Stadt« sowie deren Begleitprogrammen für den Zeitraum 2019 bis 2024 »gebündelt zum Einsatz kommen«.

Darüber mußte mal diskutiert werden

Eberswalde (bbp). Auf Verlangen der Fraktion »Unabhängiges Wählerbündnis Eberswalde« stand im März das Thema »bezahlbarer und sozialer Wohnraum in der Stadt Eberswalde« auf der Tagesordnung des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport. Mit Vorschlägen, Kritiken oder Diskussionsansätzen wartete die Fraktion nicht auf. Vielmehr machte der Fraktionsvorsitzende Carsten Zinn zu Beginn der Diskussion klar, »kein WHG Bashing zu betreiben« und schlug vor, »daß die Fraktionen sich bis zum nächsten Ausschuß Gedanken zum Thema

Die Genossenschaft möchte bis 2024 in den ersten beiden Bauabschnitten des Brandenburgischen Viertels 563 Wohnungen sanieren. Davon soll etwa jede zweite Wohnung mit Aufzügen versehen werden. Außerdem ist geplant, das zugehörige Wohnumfeld aufzuwerten. Rund 300 Wohnungen sollen belegungsgebundene Sozialwohnungen mit Quadratmeterpreisen von 4,90 € bzw. 6 € sein.

Weitere Pläne betreffen das Gebäude in der Havellandstraße 15. Dort war die 2006 geschlossene städtische Kita »Spatzennest« unter Einsatz erheblicher Fördermittel von der Genossenschaft zu einem Vereinshaus umgebaut worden. Nun soll dort – unter nochmaligem Einsatz von Fördergeld – wieder ein Hort der Stadt Eberswalde mit 140 bis 150 Plätzen entstehen. Sollte dieses Vorhaben an »fördertechnischen Anforderungen« scheitern, plant die Stadt Eberswalde stattdessen den Neubau eines Hortes westlich der Grundschule Schwärzensee.

Die Stadtverwaltung als Kooperationspartner organisiert insbesondere den Zugang zum Fördergeld. Daneben liegt die Aufwertung der an die Genossenschaftswohnungen angrenzenden öffentlichen Räume in deren Verantwortung. Dazu gehören die Schaffung barrierefreier Wegebeziehungen, ein Infoleitsystem im Brandenburgischen Viertel, die Aufwertung öffentlicher Straßen wie die Frankfurter Allee sowie die Verstetigung des externen Quartiersmanagements. Im Zusammenhang mit letzterem sind zahlreiche »sozialräumliche Aktionen« mit Schwerpunkt rund um den Potsdamer Platz/Heidewald ebenso geplant wie imageverbessernde Maßnahmen oder die Integrationsarbeit für Einheimische und Geflüchtete. Diese Projekte sind bereits Bestandteil der aktuellen Konzepte für das Viertel und werden entsprechend in der Haushaltsplanung integriert.

sozialer Mieten machen«. Zuvor hatte Albrecht Triller vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde – einem der drei Wahlträger der Fraktion – in der Einwohnerfragestunde Klartext geredet. Soziale Mietpolitik habe es in der abgelaufenen Wahlperiode nicht gegeben. Die städtische WHG plane für 2019 weitere Mieterhöhungen. Dabei weist die WHG bereits jetzt die höchsten Durchschnittsmieten in Eberswalde auf. Auch andere Einwohnerinnen und Einwohner wiesen auf die Mietenprobleme in Eberswalde hin.

Richtigstellung

In der »Barnimer Bürgerpost« Nr. 5/2019 bildete das Thema Mieten, und in diesem Zusammenhang insbesondere die Zwangsräumung mehrerer Wohnungen in der Heimatstraße im Eberswalder Stadtteil Kupferhammer, einen wichtigen Schwerpunkt.

Auf den Seiten 7 und 8 gab es Informationen zum Hintergrund der großangelegten Polizeiaktion. Am 18. Oktober 2017 verhandelte das Landgericht Frankfurt (Oder) den Fall. Lutz Herpel, einer von der Zwangsräumung betroffenen Mieter hatte dort erklärt, daß er keinen Vergleich schließen möchte. Im nächsten Satz hieß es dann: »Von seinem Rechtsanwalt Volker Passoke, der die Mieter vor Gericht vertrat, fand Lutz Herpel hierfür wenig Unterstützung«.

Dazu teilt der Rechtsanwalt Volker Passoke folgendes mit: »Ich stelle fest, daß ich die Eheleute Herpel in dem Verfahren nicht vertreten habe. Dies wäre bei Sichtung des Protokolles, aus dem Sie zitieren auch zu entnehmen gewesen. Ich bitte das in der nächsten Ausgabe richtig zu stellen und gehe davon aus, daß dies auch ohne presserechtlichen Belehrungen erfolgen wird.«

Diese Richtigstellung durch Rechtsanwalt Volker Passoke ist korrekt. Wie dem Verhandlungsprotokoll zu entnehmen ist, vertrat Rechtsanwalt Volker Passoke nicht die Eheleute Herpel, sondern vielmehr den Mitbewohner und Mitbetroffenen Wilfried Schneider. Die Eheleute Herpel wurden von Rechtsanwalt Ralph Boleslawsky vertreten.

Richtig ist, daß der Rechtsanwalt Volker Passoke in seiner Eigenschaft als Prozeßbevollmächtigter von Wilfried Schneider an dem Vergleich mitwirkte, der dann im unmittelbaren Anschluß an die Verhandlung vom 18.10.2017 ausgehandelt wurde und zu dem Lutz Herpel niederschriftlich erklärte, daß er dem Vergleich nur deswegen zustimme, weil er »keine anderen Möglichkeit« sehe und sonst befürchte, »Nachteile zu erleiden«.

Durch welche Argumente die Eheleute Herpel und Siegfried Schneider unmittelbar nach der Verhandlung dazu gebracht wurden, entgegen der Erklärungen in der Verhandlung doch einem Vergleich zuzustimmen, geht aus dem Verhandlungsprotokoll nicht hervor.

GERD MARKMANN

(Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«)

Die Wortmeldungen der Ausschußmitglieder machten vor allem eines deutlich: Die meisten haben sich bislang mit dem Problem noch nicht beschäftigt. Die SPD-Vertreterin schlug die Bildung eines Ausschusses für Wohnungsfragen vor, ein CDU-Abgeordneter forderte ein langfristiges Konzept, eine zweite verwies auf die »wirtschaftlichen Aspekte«, die Grünen finden das Thema »sehr komplex«. Irene Kersten (Die Linke) kritisierte den Abriß von Wohnhäusern im Brandenburgischen Viertel und forderte Erbbaupacht statt Flächenverkauf.

Neues vom braven Soldaten

SCHWEYK über die jüngsten Friedensgespräche mit den Taliban und die künftigen Träger des Friedensnobelpreises



Der brave Schweyk hatte sich nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 mit seinem Schlachtruf »Auf nach Kabul!«¹ auch noch als Veteran als unermüdlich solidarischer Kämpfer an der Heimatfront im Krieg der internationalen Allianz gegen den Terrorismus erwiesen. Auch heute noch kommt die taz-Redakteurin regelmäßig ins Café Einstein, wenn sie Hintergründliches zu den seit damals ununterbrochen tobenden Weltordnungskriegen erfahren möchte. Und wie immer ist das Amt für Gesprächsaufzeichnungen (AGA) unsichtbar dabei.

Ja, Gnädigste, können Sie sich noch erinnern an ihr Gelächter über die US-Spezialisten in Afghanistan, die seinerzeit dem »falschen Taliban«² ein paar hunderttausend Dollar in die Hand gedrückt haben, um in Afghanistan Friedensgespräche in Gang zu bringen?

In den Zeitungen stand damals, die Amerikaner seien auf einen Hochstapler hereingefallen und der Spott, mit dem man die Sicherheitsdienste der USA übergossen hat, nahm kein Ende. Auch Sie haben sich damals – ich erinnere mich gut – köstlich darüber amüsiert und mich für eine Spaßbremse gehalten, weil ich nicht mitgelacht, sondern mir ernsthafte Gedanken gemacht hab, was das denn bedeuten könnte, welche politische Strategie die Sicherheitsdienste da im Auge gehabt haben möchten.

Ich erinnere mich noch gut an den falschen Taliban, den afghanischen Ladenbesitzer oder pakistanischen Turbanverkäufer oder umgekehrt – seine wahre Identität konnte ja nie aufgeklärt werden. Fest steht nur, daß er sich mit einigen hunderttausend Dollar aus dem Staub gemacht hat, aber für Sie ist das ja eine rundum positiv zu sehende Geschichte, dieser Lubitschfilm, der niemals gedreht wurde.

Und auch nie gedreht werden wird, denn je mehr ich darüber nachdenke, desto mehr leuchtet mir die Handlungsweise der USA ein. Es ging damals um vertrauensbildende Maßnahmen, um mit den Taliban überhaupt erst einmal ins Gespräch zu kommen und schließlich mit ihnen ernsthaft über Friedensverhandlungen reden zu können.

Kurz, ich sah die Dinge damals, wie Sie richtig sagen, rundum positiv und erntete von Ihnen nur ein ungläubiges Kopfschütteln. Aber ich habe Ihnen seinerzeit schon gesagt, daß es für Schadenfreude zu früh ist, denn noch immer gilt, wer zuletzt lacht, lacht am besten.

Ja, und nun ist es soweit, jetzt steht es auch in der taz, jetzt geht die Twittermeldung des US-Sondergesandten ZALMAY KHALILZAD um die Welt, »Ich habe gerade ein Arbeitsessen mit Mullah Baradar und seinem Team beendet. Das erste Mal, daß wir uns treffen. Jetzt kommen wir zu den Gesprächen«.

Ja, jetzt haben die USA die Taliban am Verhandlungstisch in Doha, im Golfemirat Katar. Das ist schon eine hochkarätige Gesprächsrunde und vier Tage lang nageln der Khalilzad und sein Team die Taliban am Verhandlungstisch fest. Die haben sie jetzt im Sack. Diese Ge-

spräche sind so gut vorbereitet, daß nichts mehr schief gehen kann.

Aber bitte, Herr Schweyk, nicht so euphorisch, noch ist Murphys Law nicht außer Kraft gesetzt, Sie wissen ja, daß das, was schief gehen kann, auch schief gehen muß. Verhandlungen können auch scheitern, eine Allerweltsweisheit.

Mag sein, aber nicht in diesem Fall. Hier ist alles gut vorbereitet und das Personal gewissenhaft ausgesucht. Das sitzt keine Frau mit am Tisch, alles gestandene Männer. Der US-Sonderbotschafter Zalmay Khalilzad ist ja ein gebürtiger Afghane, ein Mann aus Masar-i-Sharif, ein ehemaliger Basketballer der afghanischen Nationalmannschaft, heute noch von drahtiger Figur. Dem ist kein Verhandlungsmarathon zu lang, der hat Sitzfleisch und Durchsetzungskraft.

Er genießt nicht nur Respekt, sondern vor allem das Vertrauen der Taliban, die sich schon daran erinnern, daß er es war, der seinerzeit der US-Regierung geraten hat, die Mudschaheddin mit Stingerraketen auszurüsten, um den sowjetischen Truppen Paroli bieten zu können.

Also in Afghanistan ist er kein Unbekannter und kennt dort selbst Gott und die Welt, und den Präsidenten GHANI noch aus den gemeinsamen Studententagen an der Universität in Beirut. Und in Washington ist er in den neokonservativen Zirkeln auch gut vernetzt, seinerzeit gefördert von WOLFOWITZ, dem sparsamen Weltbankpräsidenten, der mit durchlöchernten Socken beim Moscheebesuch in Edirne 2007 für Aufsehen gesorgt hat.

Also hier agiert ein echter Profi, ein Mann mit strategischem Überblick und diplomatischem Geschick. Der hat alles gut überlegt und perfekt vorbereitet. Schauen Sie sich nur das Pressefoto in der SZ an. Leicht vorgebeugt steht er vor seinem Schreibtisch, hinter sich die Karte South West Asia and India, die im Maßstab 1:3.000.000 die Region abbildet, deren Probleme ihm vom US-Präsidenten auf die Schultern geladen wurden. Sie sehen einen korrekt gekleideten grauhaarigen Mann, dessen Sorgenfalten auf der Stirn den Ernst der Lage unterstreichen, aber dessen fester Blick uns doch Zuversicht vermittelt und das Gefühl, daß in seinen Händen das Schicksal der Region gut aufgehoben ist.

Die Amis haben zunächst dafür gesorgt, daß ihr Verhandlungspartner, der Mullah ABDULLA GHANI BARADAR, ein einflußreicher Mann der ersten Stunde, im Oktober 2018 aus dem

Hausarrest in Pakistan entlassen wurde, in dem er seit 2013 geschmort hat. Das ist nicht irgendein Unterhändler, sondern der seinerzeitige Stellvertreter des 2013 gestorbenen Mullah OMAR, also ein politisches Schwergewicht.

Dieser vollbärtige Mann im weißen Hemd mit der braunen samtenen Weste und dem schwarzen Turban, der wird es richten. Der schwarze Turban steht ihm ausgezeichnet. Ja, der Paschtune weiß sich zu kleiden.

Aber Herr Schweyk, als ob es darauf ankäme, Sie fallen aber auch auf jede halbwegs geschickt eingefädelte PR-Maßnahme der USA herein. Der Mullah mit dem schwarzen Turban, dem weißen Hemd und der sauberen Weste. Nachtigall, ich hör dir trappsen. Aber Ihnen fällt nichts auf. Kommt Ihnen das nicht bekannt vor, die plötzliche Diskussion über modische Accessoires unserer Protagonisten? Wie war das bei Karsai, dem einstigen Sympathieträger? Erinnern Sie sich noch?»

Das war seinerzeit bei Karsai auch kein Thema, der war natürlich viel modebewußter und eleganter mit seiner Persianerkappe und dem edlen Umhang als unser Taliban, aber der Mullah Abdul Ghani Baradar wirkt authentischer und macht wirklich was her.

Da haben die Amerikaner schon auf das richtige Pferd gesetzt. Es dauerte gerade mal ein Vierteljahr nach seiner Entlassung aus dem Hausarrest und schon wurde Mullah Baradar der neue Chef des politischen Büros der Taliban in Doha. Das war im Januar. Und im Februar stand es sogar in der Zeitung, die USA führen Friedensgespräche mit den Taliban. Diesmal mit den richtigen, ohne Spaß. Davon können Sie sich selbst überzeugen, wenn Sie sich die Bilder im Netz ansehen und den Tweet von Khalilzad lesen.

Ich sag Ihnen, der Mullah Ghani Baradar hat das Zeug zum Sympathieträger. Natürlich hat er Blut an den Händen, noch aus früheren Tagen, er war ja die letzten zehn Jahre aus dem Verkehr gezogen, in Pakistan inhaftiert oder im Hausarrest, aber Blut an den Händen haben viele und sind doch respektable Persönlichkeiten, denkens nur an den deutschen Oberst KLEIN, der es inzwischen zum Brigadegeneral gebracht hat. Nun ja, das Massaker am Kundusfluß, da erinnert sich heut kaum noch jemand, ist auch schon bald zehn Jahre her. - Kinder, wie die Zeit vergeht!

Doch kommen wir zurück zu unserem Mullah Baradar, dem Führer der Verhandlungsde-

legation der Taliban in Doha, der hat es auch nicht gerade leicht. Wie soll er denn wissen, was die Amerikaner wirklich wollen und was sie bereit sind zu geben? Im Hausarrest hat er nicht nur den Koran gelesen, sondern auch die *New York Times* und so manches Buch über das Personal im Weißen Haus, aber ob er dadurch wirklich aus der US-Politik klug geworden ist?

Wollen die USA nur ungeschoren aus Afghanistan heraus kommen mit ihren Truppen und ihrem schweren Gerät oder wollen sie auch das Pipelineprojekt durch Afghanistan retten, das seit Jahren auf Eis liegt und nur durch einen dauerhaften Frieden zu realisieren ist? Liegt da nicht auch vielleicht ein Regimewechsel nahe? Diese wichtigen Fragen können auch Sie nicht beantworten.

Sie sagen es, wir Tazler sind keine Hellseher, auch wenn wir schwarzsehen. Unsere Prognosen sind aber in der Regel schon fundiert, wenn gute Informationen vorliegen, was nicht immer der Fall ist.

Nun, der Mullah Ghani Baradar wird es herausfinden und der Khalilzad, der Sonderbeauftragte, wird ihm dabei behilflich sein. Ich seh die beiden schon in Oslo, wie sie vielleicht zusammen mit TRUMP den Friedensnobelpreis entgegennehmen, weil sie es wirklich geschafft haben, das 17jährige Engagement der USA in Afghanistan, den längsten Krieg in der US-Geschichte, länger als der Vietnamkrieg, zu beenden.

Und ich höre auch schon, wie der Mullah in seiner Dankesrede die Suren aus dem Koran über den Frieden rezitiert und seine Rede mit Allah akbar beendet und die Verleihungsurkunde in die Fernsehkameras aus nah und fern hält. Ja, plötzlich hat die Formel Allah akbar, die wir so gut aus den Selbstmördervideos kennen, ihren Schrecken verloren, einen ganz anderen Klang und eine ganz andere Bedeutung, sie zeigt das grenzenlose Staunen über die Macht und das Wirken Gottes, denn das hätte keiner in der Versammlung geglaubt, daß es doch noch gelingen könnte, den Afghanistankrieg am Verhandlungstisch zu beenden. Das wäre wirklich ein Wunder, aber noch ist es nicht so weit, noch stehen entscheidende Gespräche, wie die Experten sagen, aus.

Mit dem Friedensnobelpreis liegen Sie falsch, der nächste Friedensnobelpreis geht nicht an Trump und seine Entourage, nein, nicht schon wieder an einen US-Präsidenten, das hatten wir ja schon, der nächste Friedensnobelpreis geht an eine junge Frau, an die Klimaretterin Greta Thunberg und ihre Freunde von Fridays for Climate.«

Das glaub ich weniger, das Nobelkomitee wird doch keine Schulschwänzer ehren und sich mit den Lehrerverbänden anlegen, das ist so gut wie ausgeschlossen, aber kommen wir zurück zu unserem Thema, wie sieht es aus in Afghanistan, während die USA mit den Taliban verhandeln?

Nun, zwei schmolten: Das sind der afghanische Präsident ASHRAF GHANI und sein Regie-

rungschef ABDULLAH ABDULLAH. Die fühlen sich übergangen, ja vielleicht auch hintergangen, denn sie wissen nicht so recht, was die Amerikaner mit dem Mullah Ghani Baradar im Schilde führen.

Dem Präsidenten ist schon klar, daß es irgendwie um den Abzug der US-Truppen und die Lebensversicherung seines Regimes geht, da ist Vorsicht geboten, aber bisher haben die Taliban Gespräche mit den Amerikanern stets abgelehnt, solange noch US-Truppen in Afghanistan stehen und jetzt reden sie doch mit ihnen, lehnen aber Gespräche mit der afghanischen Regierung ab, die sie für eine Marionette der USA halten, das ist schon hart für den gewählten Präsidenten.

Na schön, der weiß sich schon zu wehren. Er beruft also eine *Loja Dschirga* ein, den großen Rat, aber ob ihm das wirklich hilft? Kann er damit den Taliban das Wasser abgraben? Die rüsten gerade zur Frühjahrsoffensive. Man möchte ja gut dastehen, wenn es zu einem Waffenstillstand kommen sollte. Es könnte schon sein, daß die Friedensgespräche erst einmal den Krieg wieder so richtig befeuern. Dann ist die *Loja Dschirga* ganz machtlos, da haben die Warlords und die Generäle wieder das Sagen.

Schon hört man, die Russen hätten auch eine Delegation der Taliban kürzlich empfangen, früher haben sie es immer abgelehnt, mit den Taliban zu reden, die nun auch ihrerseits gegenüber den Russen nicht besonders gesprächsbereit waren, das waren doch die ehemaligen Besatzer, denen man mit Kalaschnikows und Stingerraketen seinerzeit den Marsch geblasen hat. Und jetzt schlägt man denen gegenüber einen ganz anderen Ton an? Fragen über Fragen!

Da ist also einiges in Bewegung gekommen, nur die Selbstüberschätzung und Unfähigkeit der afghanischen Regierung, Dinge konsequent und termingerecht zu organisieren, ist geblieben. Man hat also die *Loya Dschirga*, die zum 17.3. einberufen worden war, auf Ende April verschoben und die Parlamentswahlen, die für August angesetzt waren auf den September, weil man, so der Präsident, die Wahllisten nicht in der verbleibenden Zeit fertigstellen kann. Und die Wahllisten müssen korrekt sein, sonst ist die Wahl ja ungültig. Aber ob das in der verbleibenden Zeit zu schaffen ist? Ein Monat kann sehr kurz sein. Der Februar beispielsweise hat nur 28 Tage, wenn es kein Schaltjahr ist.

Der Friedensnobelpreis aber wird verliehen werden, wie immer in Oslo, nicht in Prag, und schon gar nicht am Freitag nachm Krieg um sechs im Kelch, aber vielleicht kurz danach.

aufgeschrieben von HARTMUT LINDNER

1 – Auf nach Kabul – Neues vom braven Soldaten Schweyk, dem unermüdlich solidarischen Kämpfer an der Heimatfront im Krieg der internationalen Allianz gegen den Terrorismus, in: BBP 10/2002 bis 3/2003

2 – Schweyk und der falsche Taliban. Über die erfolgreichen Friedensgespräche mit den falschen Taliban, in: BBP 1/2011.

Die Republik Arzach

Berg-Karabach-Bericht faszinierte Besucher

Bernau (pv). Mit großem Interesse folgten die Besucher am 20. Mai dem Bericht von PÉTER VIDA über das umstrittene Berg-Karabach (Nagorno Karabach). Der Vorsitzende des Migrationsbeirates informierte über kulturelle, politische und religiöse Zusammenhänge in der zwischen Armenien und Aserbaidschan umkämpften Region.

Als besonderer Gast konnte der Botschafter von Armenien, ASHOT SYMBATYAN, begrüßt werden. Der seit 2015 als Botschafter für Deutschland und Liechtenstein tätige Diplomat informierte über die Bemühungen zur dauerhaften Befriedung der Region und die Suche nach einem Kompromiß zum Zusammenleben der derzeit verfeindeten Länder.



Péter Vida überreicht Botschafter Ashot Symbatyan Bernauer Schwarzbier zur Begrüßung.

Péter Vida stellte in seinem Reisebericht dar, wie abgeschieden Berg-Karabach liegt und welche alltäglichen Probleme sich durch die internationale Nichtanerkennung ergeben. So verfügt die jüngst in Arzach umbenannte Republik über alle staatlichen Institutionen, aber mangels Anerkennung durch andere Staaten oder die UNO kann kein internationaler Flughafen betrieben werden. Als Währung wird der Dram des Bruderlandes Armenien verwendet. Nahezu alle Bewohner gehören der armenisch-apostolischen Kirche an und grenzen sich so auch schon religiös von den mehrheitlich schitischen Aserbaidschanern ab. Besonders beklemmend waren die Bilder aus der Geisterstadt Agdam, die im Zuge des armenisch-aserbaidschanischen Krieges 1991-1994 vollständig zerstört und seine 30.000 Einwohner vertrieben wurden.

Auf Nachfrage aus dem Publikum, wie die Situation zu lösen sei, erklärte der Botschafter, daß die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands ein Vorbild für die Zukunft Berg-Karabachs sein könnte. So wies er darauf hin, daß es nicht ausreichte, über Berg-Karabach zu reden, sondern man die dort lebenden Menschen einbeziehen müsse, um den seit langem schwellenden Konflikt zu überwinden.

Achtsamkeit

Immer mehr Menschen wenden sich aus unterschiedlichsten Gründen dem Thema »Achtsamkeit« zu: Sei es zum Beispiel, um mehr Zufriedenheit zu erreichen oder eine größere innere Stärke oder stabilere Gesundheit.

Dabei ist Achtsamkeit kein neuer, modischer Trend, sondern sie ist seit Jahrtausenden (!) in allen Kulturen fest verankert. Viele Menschen haben es verlernt, den Augenblick bewußt zu genießen und im *Hier und Jetzt* präsent zu sein. Stattdessen sind wir mit einer Vergangenheit beschäftigt, die wir sowieso nicht mehr ändern können, oder wir beschäftigen uns mit einer uns unbekanntem Zukunft. Im Hier und Jetzt leben wir viel zu selten, denn wir sind es gewohnt, von *Termin zu Termin* zu hetzen und sind dabei mit unseren Gedanken schon beim nächsten Termin, bei der nächsten Aufgabe. Dabei bemerken wir nicht, wie unser *Leben einfach* so an uns vorbeifließt. Mit Achtsamkeitstechniken legen wir unseren unruhigen und daher immer wandernden menschlichen Geist und Verstand quasi an die Leine und lernen so, viel *bewußter* mit unserer Aufmerksamkeit umzugehen. Und dies hat weitreichende positive Folgen.

Viele wissenschaftliche Studien belegen, daß sich Achtsamkeit lohnt: So sind achtsame Menschen gelassener und verfügen über mehr Lebensfreude, mehr Selbstvertrauen und über mehr Selbstakzeptanz. Weiterhin sind sie emotional ausgeglichener, geduldiger und verfügen über mehr geistige und körperliche Ausdauer.

Menschen, die regelmäßig Achtsamkeitsübungen praktizieren, wird deshalb schneller bewußt, daß sie sich in einer Streßsituation befinden und können diese abschwächen, bevor sie heftig reagieren. Diesen Menschen ist es deshalb möglich, gelassen und wohlüberlegt zu entscheiden, wie sie auf diesen negativen Streß reagieren wollen.

Mithilfe von Achtsamkeitstechniken ist es möglich, die eigenen Gefühle besser zu beobachten und so den Körper bewußter wahrzunehmen. Weiterhin lernt man, sich in schwierigen, stressigen Situationen zu beruhigen, allzu heftige Gefühle zu kanalisieren und sich besser von Rückschlägen zu erholen. Man lernt, sich auf Dinge zu fokussieren, die einem wichtig sind, also seine Energie in den Dienst eines Ziels zu stellen. Auch die Wahrnehmung der Gefühle von anderen Menschen wird erleichtert, wir können uns dann besser in andere Menschen hineinversetzen. Die Zusammenarbeit mit anderen Menschen verbessert sich, da wir besser und offener zuhören können und unsere Wertschätzung für andere besser ausdrücken können.

Auch Sie können lernen, achtsamer zu werden. Helfen kann Ihnen dabei ein Heilpraktiker für Psychotherapie (nach dem HeilprG), der mit Ihnen Schritt für Schritt gezielte Achtsamkeitsübungen erlernt und festigt. Jetzt sind Sie dran, etwas für sich zu tun.

FALK HINNEBERG (www.hinneberg.info)

Steuerung von Lichtsignalanlagen

Unzweifelhaft steigt die Bedeutung der Mathematik bei technischen Anwendungen. Es gibt jedoch Ausnahmen. Über eine dieser Ausnahmen soll im Folgenden berichtet werden. Es geht um Berechnungsverfahren für die Koordinierung von Lichtsignalanlagen im Straßenverkehr, also grob gesagt um die grüne Welle.

Von einer GRÜNEN WELLE spricht man, wenn mehrere Kraftfahrzeuge unter Einhaltung einer möglichst gleichförmigen Geschwindigkeit mehrere hintereinander liegende Lichtsignalanlagen ohne Halt passieren können. Dabei werden die in einer Fahrtrichtung hintereinander liegenden Lichtsignalanlagen zeitversetzt geschaltet.

Vor genau sieben Jahren wurde in Denver, US Bundesstaat Colorado, eine Signalabstimmung vorgenommen. Etwa zehn Jahre später gab es dann in Toronto, Kanada, die erste mit einem Digitalrechner verkehrsab-

hängige Signalsteuerung. Etwa zur gleichen Zeit wurden auch in der BRD in der Düsseldorfer Königsallee erste Versuche mit einer grünen Welle gestartet. Die Idee der Steuerung ist recht einfach. Man wählt ein rechtwinkliges Koordinatensystem, trägt auf der x-Achse den Weg ab, auf der y-Achse wird die Zeit eingetragen. Beide Achsen sind beschränkt, weil die Strecken zur Steuerung und Verweildauer des Verkehrs innerhalb des Steuerungsabschnittes beschränkt sind. In dieses Diagramm zeichnet man eine steigende Gerade ein. Diese möge das Weg/Zeit-Verhalten eines Kraftfahrzeuges im zu steuernden Bereich beschreiben. Ergänzt man diese Gerade jeweils um eine Gerade darüber und darunter, so entsteht ein Band. Dieses Band beschreibt nun die Grünzeit, die ein Fahrzeug zum Passieren des gesteuerten Abschnitts benötigt. Betrachtet man nun die Gegenrichtung, so trägt man in das gleiche Diagramm das Band der Gegenrichtung ein, wobei man beachten muß, daß die Zeitachse für die Gegenrichtung umgekehrt beschriftet wird.

Es entstehen somit zwei sich kreuzende Bänder in dieser Grafik. In dem sich überschneidenden Bereich sollen nun möglichst viele Knotenpunkte, d.h. Kreuzungen liegen. Das sind dann die Kreuzungen, die während einer Grünphase nacheinander in einer Richtung und auch in der Gegenrichtung ohne Halt überquert werden können. Die Idee der Steuerung besteht darin, diesen Überschneidungsbereich der beiden Bänder möglichst groß zu gestalten. Das kann geschehen durch hohe Geschwindigkeiten, in diesem Fall verlaufen beide Bänder flach, oder durch lange Grünzeiten, dann sind beide Bänder breit.

Mehr Mathematik ist an so einer Steuerung nicht dran. Trotzdem wird mathematisches



In der Stadt Eberswalde fordern Lokalpolitiker seit Jahren eine grüne Welle, wie sie zu DDR-Zeiten zumindest abschnittsweise funktioniert hatte. Das Landesstraßenamt wehrt sich bislang im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung erfolgreich dagegen. Folge – und wohl auch das Ziel – sind längere Durchfahrtszeiten, die nicht zuletzt erhebliche Auswirkungen auf die Taktzeiten des öffentlichen Obus-Nahverkehrs hat. Viele vermuten, daß hier künstliche Gründe für die sogenannte »Umgehungsstraße« B167 neu geschaffen werden.

Handwerkzeug benötigt. Diese grafischen Verfahren werden einfach nur digitalisiert. Man muß Geschwindigkeit und Grünphasen an die örtlichen Verhältnisse anpassen. Das geschieht in der Regel durch sinnvolles Probieren, bis eine akzeptable Lösungsvariante gefunden ist. Nun kann man die gefundene Lösung noch optimieren, indem man erst jetzt festlegt, was man eigentlich will. Zur Auswahl stehen Maximierung der Grünphase, minimale Anzahl von Halten vor den Ampeln in der Steuerungsstrecke oder minimale Verlustzeit beim Durchfahren der Steuerungsstrecke.

Für die Steuerung von hintereinander liegenden Lichtsignalanlagen sind gewöhnlich Lokalpolitiker verantwortlich. Die Mehrzahl dieser Lokalpolitiker ist aber geistig überfordert zu formulieren, welches Steuerungsziel beim Durchfahren einer grünen Welle realisiert werden soll. Viel schlimmer ist jedoch die Ablehnung von grünen Wellen durch diese Politiker.

Zur DDR Zeit wurde am ZKI (Zentralinstitut für Kybernetik und Informationsprozesse) Berlin an diesem Thema geforscht. Eine Realisierung der Ergebnisse gab es bei der grünen Welle in der Berliner Karl-Marx-Allee. Dort wurde nach jeder Kreuzung die Richtungsgeschwindigkeit angezeigt, um an der folgenden Kreuzung grün zu erhalten. Für eine solche Problemlösung gibt es in der BRD keine Rechtsgrundlage, so daß diese Steuerungsstrecke nach dem Anschluß an die BRD abgebaut wurde.

In der BRD gibt es für dieses Thema keine staatliche Forschungseinrichtung. Nur in privaten Ingenieurbüros wird zum Thema Steuerungen von Lichtsignalanlagen und deren Anwendungen geforscht.

Dr. ULRICH POFAHL

Der Mensch und sein Wohnumfeld (I)

Obstwiesen und Gärten

Bis in die jüngste Vergangenheit fanden sich ausgedehnte Gärten und Obstwiesen im Umgriff der Dörfer und am Rande der kleineren Städte. Sie waren ein besonders artenreicher Lebensraum und sind es bis heute, wo es sie noch gibt.

Streuwiesen verbinden Obstbäume und Grasland. Letzteres konnte nicht annähernd so intensiv genutzt werden wie modernes Dauergrünland, weil die Obstbäume Schatten werfen und den Einsatz größerer Maschinen verhindern. So wurde das Gras vielfach von Hand oder mit Motormähern gemäht oder es durften ein paar Kühe oder Schafe darauf weiden.

Die Obstwiese blieb dadurch in einem artenreichen Zustand. Schon im Frühling, nachdem die ersten Gräser frisches Grün schoben, kamen Goldstern (*Gagea lutea*), Lerchensporn (*Corydalis*-Arten) und Buschwindröschen (*Anemonen*) hervor und überzogen die Obstwiesen mit ihrem Blütenteppich. Schlüsselblumen (*Primula elatior*) und duftende Veilchen (*Viola odorata*) gesellten sich hinzu und im Mai wurden diese Wiesen weiß von den Blüten des Wiesenschaumkrautes. Kleine weiße Falter mit orangeroten Flügelspitzen, die Männchen des Aurorafalters (*Anthocharis cardamines*) und viele andere Schmetterlinge gaukelten darüber. Schnell nahmen Blütenmenge und -vielfalt zu. Mitte bis Ende Mai war dann die erste Mahd.

Meist wurden nur kleinere Flächen gemäht. Brauchte man kein frisches Gras für das Vieh, konnten sich die Pflanzen weiterentwickeln. Wurde dann später gemäht, um die Obstwiesen zugänglich zu halten, hatten viele Blütenpflanzen ihren Lebenskreislauf bereits vollendet und mit ihrem Samen die Grundlage für die Wiederkehr der Blütenpracht gelegt. Auf den gemähten Stellen wuchsen Pflanzenarten auf, die erst später im Jahr ihre Reife erreichten, vor allem Doldengewächse wie Bärenklau (*Heracleum sphondylium*), Wiesenkerbel (*Anthriscus*-Arten) oder echter Kümmel (*Carum carvi*). An den Zäunen entfaltete sich Mädesüß (*Filipendula ulmaria*). Die Blüten dieser Hochstauden locken zahlreiche Insekten an. Von ihnen lebten Vogelarten, die gegenwärtig stark abnehmen oder bereits selten geworden sind: Wie Neuntöter (*Lanius collurio*) oder der Steinkauz, der Charaktervogel der Streuwiesen.

In Stammhöhlungen und ausgefaulten Astlöchern der alten Obstbäume fand der Steinkauz Brutmöglichkeiten. Heute ist er fast ganz auf künstliche Nistströhen angewiesen. Kleinere Höhlen bezog der Gartenrotschwanz (*Phoenicurus phoenicurus*), geeignete Nischen der Grauschnäpper (*Muscicapa striata*) und in den Kronen nisteten Buchfinken (*Fringilla coelebs*), Kernbeißer (*Coccothraustes coccothraustes*) und Wacholderdrossel (*Turdus pilaris*). Aus den vogelreichen Obstwiesen klang im Frühjahr der lachende Ruf des Grünspechtes (*Picus viridis*) und das merkwürdige Quäken des Wendehalses (*Lynx torquilla*), der gegenwärtig aus Mitteleuropa verschwindet, weil er fortwährend

Lebensraum verliert. Die Obstwiesen waren für den Wendehals von besonderer Bedeutung, weil die traditionelle Nutzung kleinflächig sonnenbeschienene Bodenflächen offenhielt. Auf dem erwärmten Boden siedelten bevorzugt die wärmeliebenden kleinen Wiesenameisen, die Wendehalsnahrung.

Die kleinflächige Nutzung der Obstwiesen und Gärten war Voraussetzung für das Zustandekommen einer reichhaltigen Lebensgemeinschaft. Die übermäßige Belastung der Landschaft mit Nährstoffen, ein Problem unserer Zeit, und die Mechanisierung der Bewirtschaftung bedeuteten das »Aus« für einen großen Teil der Streuwiesen und größerer Dorfgärten. Meist wurden die Obstbäume gerodet und die Wiesen in Ackerland umgewandelt oder so intensiviert, daß nur noch das Einheitsgrün der Hochleistungswiesen aufkommen kann. Gut erhaltene Obstwiesen sind Raritäten, um deren Erhaltung und Pflege man sich mit Nachdruck bemühen sollte. Sie sind ein Teil unseres kulturellen Erbes.

In Gärten können über 20 Vogelarten leben und ein Vielfaches an Insektenarten, ohne Schäden zu verursachen. Die Artenvielfalt beruht auf der Vielfältigkeit der Lebensbedingungen auf engem Raum. Ziersträucher und Gebüsch, Hecken und Zäune bieten Nahrung, Deckung, Unterschlupf und Brutmöglichkeiten. Selbst Rasenflächen bieten einigen Arten Nahrung, wenn das Kleintierleben im Boden ohne Chemieinsatz gut gedeiht. Sonnige und schattige Stellen, solche mit bewachsenem und offenem Boden wechseln. Wer ein kleines Wasserbecken oder gar einen Teich im Garten anlegt, kann sicher sein, daß diese Kleinstgewässer umgehend von einer wachsenden Lebensgemeinschaft besiedelt werden.

Entscheidend ist, daß Gärten vom Frühjahr bis zum Spätherbst durchgehend Blüten hervorbringen, die Pollen oder Nektar liefern. Durch geschickte Auswahl nektarreicher Blütenpflanzen kann man im Garten einen ständig »reich gedeckten Tisch« anbieten mit positiver Wirkung auf Artenvielfalt und Häufigkeit von Schmetterlingen, Wildbienen und Hummeln.

Ein reiches Blütenangebot hat aber noch eine weitergehende Bedeutung, die dem Menschen unmittelbar zugutekommt: Es garantiert eine ausreichende Versorgung der Bienenvölker mit Nahrung. Ohne Bienen würden die Obstbäume selbst bei schönster Blüte kaum Frucht ansetzen. Und Wildbienen sind selten geworden. Die einseitige Abhängigkeit von den Honigbienen hat auch Nachteile. Zur Absicherung wäre es besser, ein insgesamt reichhaltiges Insektenleben in den Gärten zu fördern.

KLAUS MEIßNER

Bürgerinitiative: Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!

Fragwürdige Nachweise

Die Einwendungsfrist im Planergänzungsverfahren zur 380kV-Freileitung durch das Biosphärenreservat endet am 6. Juni. Der Investor 50Hertz will ein skandalöses Ansinnen durchbringen.

In der Nähe des Randow-Welse-Bruchs, in der Kavelheide, hat sich ein Schreiadlerpärchen neu angesiedelt. Die Wahl des Horstandorts im europäischen Vogelschutzgebiet kollidiert mit der Planung von 50 Hertz für eine 380kV-Freileitung, denn der Horst befindet sich in einer Entfernung von nur 600 Metern von der geplanten Trasse. Die Genehmigungsbehörde (LBGR) hat deshalb 50 Hertz aufgefordert, die Umweltverträglichkeitsprüfung für das Freileitungsprojekt zu ergänzen und Unterlagen beizubringen, aus denen hervorgeht, daß von der 380kV-Freileitung keine erheblichen Beeinträchtigungen für das Schreiadlerpärchen ausgehen.

Die Bürgerinitiative kritisiert die Vorgehensweise von 50 Hertz. Der gutachterliche Aufwand, den 50Hertz hier betrieben hat, ist bemerkenswert. Er ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Realisierung einer 380kV-Freileitung in 600 Metern Abstand von einem Schreiadlerhorst im Vogelschutzgebiet den Zielen des Schutzgebietes und des Naturschutzgesetzes eklatant widerspricht.

Die immanenten Widersprüche der vorgelegten Dokumente, die darin bestehen, daß einerseits eine zuverlässige Beschreibung der Risikofaktoren und eine Auswertung der wissenschaftlichen Literatur erfolgt, aber in der Beurteilung unzulässige Schlußfolgerungen gezogen werden, um den Wünschen des Auftraggebers zu entsprechen, begründen unsere Ablehnung der beim LBGR eingereichten Verträglichkeitsprüfung.

Gerade die Ausführungen in der Alternativenprüfung zeigen die hohe Sensibilität des Gebiets, das für die Errichtung einer 380kV-Freileitung nicht geeignet ist. Hier drängt sich die Realisierung der technischen Alternative der Erdverkabelung in sensiblen Gebieten auf.

Zu bedenken ist auch, daß während des Zeitraums des Konflikts um die 380kV-Freileitung Bertikow-Neuenhagen zwei Erdgasleitungen (OPAL und EUGAL) realisiert werden konnten, die in ihrer Länge das umstrittene Freileitungsprojekt um ein Vielfaches übersteigen.

HARTMUT LINDNER

Wildniswochenende

Vier Tage im Wald: Draußen sein, Wildnis erleben und in einer Jurte schlafen. Schnitzen, Kräuter sammeln, Spuren lesen und Tiere beobachten. Gemeinsam singen, Spaß haben, kreativ sein oder einfach nur entspannen. Vom 7. bis 10. Juni, am langen Pfingstwochenende, ist es wieder soweit. Die NaturFreunde Eberswalde e.V. gehen in den Wald. Anmeldung: jurtenabenteuer@riseup.net.

Ret Marut – Pseudonym eines Rebellen

Verstärkt berichteten in den vergangenen Wochen Tageszeitungen, speziell die »Junge Welt«, sowohl über die Münchener Räterepublik als auch über die Mexikanische Revolution. In diesem Zusammenhang erinnerte die »Junge Welt« am 26. März an den 50. Todestag des Schriftstellers B. Traven.

Berühmt wurde B. Traven durch seine Romane, von denen viele das Thema der mexikanischen Revolution aufgreifen. Dieser Schriftsteller gab auch unter dem Namen Ret Marut ab 1917 in München die pazifistische, manchmal auch als anarchistisch bezeichnete Zeitschrift »Der Ziegelbrenner« heraus. In der Münchener Räterepublik im April 1919 war Ret Marut der Leiter der Presseabteilung. Nach dem Ende der Münchener Räterepublik wurde er verhaftet. Der Erschießung durch Freikorps entging Ret Marut durch Flucht. Über mehrere Stationen landete er schließlich in Mexiko.

Dort entstanden auch seine zwölf Romane, von denen die Mehrzahl im mexikanischen Urwald handelt, in dem bei ihm auch die mexikanische Revolution angesiedelt wurde. In diesen Romanen kommt seine anarchistische Einstellung zur Revolution zum Ausdruck. Es braucht seiner Meinung nach keine Führung und keine Ideologie in einer Revolution. Viele Jahrzehnte blieb die Biographie von B. Traven ein großes

Rätsel. Der Schriftsteller verweigerte jede Auskunft über seine Herkunft. Erst der DDR Literaturwissenschaftler Rolf Recknagel bewies, daß Ret Marut und B. Traven ein und dieselbe Person sind.

Rolf Recknagel stammte, wie der berühmte Skispringer Helmut Recknagel, aus Steinbach-Hallenberg, obwohl beide nicht miteinander verwandt sind. Auch seine Biografie ist interessant. Beispielsweise soll das MfS versucht haben, ihn durch einen Verkehrsunfall zu beseitigen. Rolf Recknagel führte als ein anerkannter Traven-Biograf einen intensiven Schriftverkehr. Zu seinen Korrespondenzpartnern gehörte auch Erich Wollenberg, der militärische Chef der Roten Armee während der bayerischen Räterepublik. Über diese Quelle erschlossen sich ihm weitere Fakten und Kontakte zu Ret Marut, so z.B. zum ehemaligen Stern-Reporter Gerd Heidemann, der durch die gefälschten Hitler-Tagebücher bekannt wurde. Dieser versuchte sich ebenfalls, aber erfolglos, als Traven-Biograf, wobei er seine Erkenntnisse von Rolf Recknagel gestohlen hatte.

Inzwischen scheint das Rätsel um B. Traven gelöst zu sein. Der westdeutsche Literaturwissenschaftler Jan-Christoph Hauschild veröffentlichte eine fast lückenlose Biografie von B. Traven, und begründete auch, warum es die vielen Geheimnisse um den Schriftsteller B. Traven gab. Danach hat B. Traven diese ganzen Verschleierungen um seine Person selber in die Welt gesetzt. Er verhielt sich ähnlich wie der Schriftsteller Karl May, nur, daß Traven kein Hochstapler war und dafür ins Gefängnis mußte. Blicke noch zu erwähnen, kau-

fen kann man heutzutage nicht mehr alle Bücher von B. Traven. Der Diogenes Verlag in Zürich hat von den 12 Traven Romanen nur noch 6 im Angebot, obwohl er vor ca. 30 Jahren eine 16 bändige Werkausgabe verlegte.

Komplizierter war die Angelegenheit in der DDR. Die Bücher von B. Traven erschienen in den 1950-er Jahren im Berliner Verlag Volk und Welt in einer von B. Traven bearbeiteten Version. In den 1960-er Jahren erschien im gleichen Verlag eine Buchreihe mit dem Namen »Ausgewählte Werke in Einzelausgaben«, 13 Bände umfassend. Diese Ausgabe beinhaltete die ursprüngliche Version der Traven Romane aus den 1920-er bis 30-er Jahren. Die Bände wiesen einen geschmackvollen Einband auf, den der Berliner Künstler Werner Klemke gestaltete. Diese Ausgabe war in der DDR nur schwer zu beschaffen. Nachauflagen gab es wenige, vielleicht wegen des Devisenmangels. Die Inhaberrechte lagen in der Schweiz.

Aus öffentlichen Bibliotheken sind Bände dieser Ausgabe nach der Wende weitestgehend entfernt worden. Weiterhin fehlte in dieser Ausgabe der Roman »Aslan Norval«, der erst viel später von B. Traven geschrieben worden ist. Dieser Roman erschien in der DDR überhaupt nicht, aber er war im Vertrieb. Die 15 Bände der Ausgabe des Diogenes Verlages gab es beim Militär HO uneingeschränkt, erfreulicherweise auch für Unteroffiziere, Soldaten und Zivilbeschäftigte, zu kaufen. Allerdings waren die Preise der Bücher vergleichsweise hoch. Die DM-Preise wurden eins zu eins in Mark der DDR umgerechnet.

CLAUS ULRICH

Frauen an die Macht!

Eberswalde (bbp). Das sagten sich diesmal die Eberswalder Wählerinnen und Wähler. Zumindest waren Frauen im Durchschnitt deutlich erfolgreicher als ihre männlichen Mitbewerber. Und sie konnten ihren Anteil an den 36 Stadtverordneten von 8 auf 11 erhöhen.

Bei zwei Wahlträgern sind Frauen unter den Gewählten sogar in der Mehrheit. Drei der vier Bündnisgrünen und drei der fünf gewählten Linken sind Frauen. Bei der SPD sind es zwei von fünf, bei FDP und Bürger für Eberswalde je eine von drei und bei AfD eine von fünf Gewählten. Ohne Frauenanteil blieben die CDU und das Bündnis Eberswalde. Auch die vier Einzelabgeordneten sind Männer.

Die Ergebnisse spiegeln die Frauenanteile auf den Wahllisten nur teilweise wider. Hier belegten die Bürger für Eberswalde mit 47 Prozent Frauenanteil den Spitzenplatz, gefolgt von den Bündnisgrünen mit 41 Prozent und der Listenvereinigung Die PARTEI Alternative Liste Eberswalde mit 38 Prozent. Bei Bündnis Eberswalde, SPD, AfD, Linken und FDP kandidierten zwischen 21 und 18 Prozent Frauen. Die CDU hatte einen Frauenanteil von 9 Prozent und die Bürgerfraktion Barnim von 7 Prozent. Bei der Bürgerinitiative Gegen die B167neu und selbstredend beim Einzelkandidaten Zinn bewarben sich keine Frauen.

Inzwischen deutet sich an, daß der tatsächliche Frauenanteil im neuen Stadtparlament geringer sein wird, als er von den Wählerinnen und Wählern mandatiert wurde. Die Gerichtküche nennt die SPD und Die Linke, bei denen angeblich gewählte Frauen »bearbeitet« werden, daß sie ihr Mandat nicht annehmen.

Obus-Fahrleitungen sind sicher

Eberswalde (bbp). Ende März gab es eine mehrstündige Sperrung der Spechthausener Straße zwischen der B167 und dem Brandenburgischen Viertel. Ursache war ein Oberleitungsschaden. Ein besorgter Einwohner hatte damals bei der Eberswalder Baudezernentin ANNE FELLNER angefragt, wie viele Gefahren durch so einen Riß der Fahrleitung für die Reisenden im Bus sowie für die Menschen in unmittelbarer Umgebung, wie zum Beispiel Fußgängern und Radfahrern bestehen. »Da das Oberleitungsnetz in Eberswalde mittlerweile auch schon einige Jahre alt ist«, so seine Befürchtung, »besteht ja durchaus die Gefahr weiterer Risse«.

Die Dezernentin reichte die Anfrage an die Barnimer Busgesellschaft weiter. BENJAMIN FREUDENBERG, Ingenieur für die technischen Anlagen in der Barnimer Busgesellschaft, stellte zunächst klar, daß der Oberleitungsschaden vom 27. März durch ein Fremdverschulden eines Baggerfahrers zustande gekommen war.

Der Bagger war bei Abrißarbeiten auf dem Grundstück zwischen Spechthausener Straße und Toom-Baumarkt im Einsatz. Der Fahrer hatte bei der Auffahrt auf die Spechthausener Straße offensichtlich die dortigen Fahrleitungen für den Obus nicht beachtet. »Der Schaden beruht nicht auf dem Zustand der Fahrleitungsinfrastruktur«, betonte der BBG-Ingenieur. »Wir als Betreiber der Obusfahrleitung unterliegen strengen Vorschriften zum Betrieb der Anlage und tätigen Wartungsarbeiten, Revisionsarbeiten, Erneuerungen und auch Kontrollarbeiten (Fahrdrabtmessungen inklusive). Auch die Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde erfolgt in regelmäßigen Abständen.«

Zudem könne keine Rede von einem »erneuten Riß« sein. Den letzten derartigen Vorfall hatte ein Baumsturz verursacht. »Es sind keine Fälle bekannt«, so Benjamin Freudenberg, »bei denen eine Altersschwäche der Fahrleitung die Ursache für einen Riß war«.

Ehrenamtlich engagiert

Sowjetische Kriegsgräber in der BRD

Der 74. Jahrestag des Sieges der Alliierten über den Hitler-Faschismus und der Befreiung des deutschen Volkes ist Anlaß, jener sowjetischen und auch polnischen Bürger, die während des Zweiten Weltkrieges auf dem Gebiet von Berlin und Brandenburg ihr Leben für unser Leben und unsere Freiheit geopfert haben, zu gedenken. Aber auch der Umgang mit den Erinnerungsstätten an sie wollen wir immer wieder ins Blickfeld der Öffentlichkeit rücken.

Seit 1994 engagiert sich ein ehrenamtlicher Arbeitskreis »Sowjetische Ehrenmale und Friedhöfe« der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. dafür. Den Anstoß gaben die beschämenden Umstände und Begleiterscheinungen des Abzugs der sowjetischen bzw. russischen Truppen aus Deutschland. Die abziehenden Soldaten und ihre Familienangehörigen waren bekanntlich die ersten Opfer ausländischer Ausschreitungen nach 1989/90. Allein 1992 wurden nach Angaben des letzten Oberkommandierenden der Westgruppe der Russischen Streitkräfte, Burlakow, zwölf Militär- und Zivilpersonen der Gruppe bei ausländischen Übergriffen getötet. Überall in Ostdeutschland wurden sowjetische Ehrenmale und Friedhöfe zu Zielobjekten ausländischer und neonazistischer Grab- und Denkmalschändungen. Gleichzeitig gab und gibt es einen massiven Bestands- und Veränderungsdruck. Allein wurden 1990 und 2004 sind 65 solche Objekte beseitigt und weitere 24 unter verschiedenen Vorwänden verlagert.

Dabei hatten beim Abschluß des 2+4-Vertrages 1990 die Regierungen der beiden deutschen Staaten die Zusicherung abgegeben, den Bestand zu sichern und die sowjetischen Ehrenmale und Friedhöfe zu pflegen. Nach unserer Auffassung sind die sowjetischen Ehrenmale und Friedhöfe in Deutschland ebenso wie die KZ Gedenkstätten und anderen Gedenkstätten für Opfer des NS-Regimes unveräußerliche Bestandteile der demokratischen und humanistischen Gedenkkultur unseres Volkes. Sie dürfen nicht der Disposition geschichtsrevisionistischer Kräfte überlassen werden. Völlig zurecht wird deshalb von den Völkern und

Regierungen Rußlands und der anderen Nachbarstaaten der Sowjetunion heute der Umgang mit den sowjetischen Ehrenmalen und Gräberstätten in Deutschland als gewichtiger Prüfstein für die Aufrichtigkeit deutscher Absichtserklärungen über Frieden, Versöhnung, gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit bewertet.

Unsere Pflicht als Mitglieder des Arbeitskreises sahen und sehen wir in zwei große Tätigkeitsfelder:

Erstens: Erhaltung und Pflege der Ehrenmale und Friedhöfe in Zusammenarbeit mit dem Büro für Kriegsgräberfürsorge und Gedenkarbeit bei der Botschaft der Russischen Föderation in Deutschland und mit den örtlich Kommunalbehörden. Hier beraten wir interessierte Kommunen bei Sanierungs- und Gestaltungsmaßnahmen an Ehrenmalen und Friedhöfen. Augenblicklich begleiten wir derartige Arbeiten in Eisenhüttenstadt, Schwerin und Forst.

Zweitens: Es wurden von uns mehrere Tausend Auskunftsersuchen nach Existenz, Lage und Zustand von Gräbern sowjetischer Bürger in Deutschland bearbeitet, zu einem beträchtlichen Teil mit positivem Ergebnis. Wir haben es geschafft, unbekanntem Toten ihre Namen und Grabstätten zurückzugeben, die ihnen bei Umbettungen in der Nachkriegszeit abhanden gekommen waren.

Unser Arbeitskreis arbeitet ausschließlich ehrenamtlich; alle Mitglieder sind inzwischen Altersrentner. Wir erhalten von nirgendwo irgendwelche Zuwendungen und bestreiten die mit unserer Arbeit verbundenen Kosten ausschließlich aus eigenen Einkünften.

Unsere Arbeit beabsichtigen wir fortzusetzen, solange das Erfordernis dafür besteht und unsere Kräfte dies zulassen. Mangel an Arbeit haben wir vorläufig nicht zu befürchten. Gerade haben wir die Daten von 27 in Stahnsdorf gefallenen Soldaten ermitteln können. Jetzt kann ihnen – auch wenn sie kein Grab haben – mit Namen, Geburtsdatum und Dienstgrad gedacht werden. Und vor allem erfahren nach 74 Jahren ihre Angehörigen endlich, wo ihre Vorfahren gefallen sind ...

Dr. WOLFGANG DITTING

SPD-MdB Zierke für Atombomben

Die Initiative »Atombomber? Nein danke!« rief dazu auf, an die regionalen Bundestagsabgeordneten zu appellieren, sich gegen den Kauf neuer Kampfflugzeuge zu wenden, die dem Einsatz von US-Atomwaffen dienen können. Die neuen Flugzeuge sollen das derzeit verwendete Tornado-Flugzeug ersetzen.

Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Zierke wurde beteiligt und er antwortete:

Ich nehme Ihre Besorgnisse ernst und ich teile sie auch. Die nukleare Abschreckung ... war immer ein Thema für die SPD... Wir setzen uns

deshalb weiter entschlossen für die weltweite Abrüstung aller Massenvernichtungswaffen ein... Solange aber Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im Strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, muß Deutschland ein zwingendes Interesse daran haben, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben... Das Kampfflugzeug Tornado ... ist veraltet und muß durch ein neues Trägersystem ersetzt werden... Solange Kernwaffen ... eine Option sind, ist es ... in deutschem Interesse ... Teil davon zu sein. (gm)

Krieg und SPD

Am 20. Mai behauptete im mdr eine junge Frau, es gebe 70 Jahre Frieden in Europa und das wäre das Verdienst der SPD. Da frage ich mich, wo sich die Blondine informiert. In der »Jungen Welt« jedenfalls nicht.

Diese Tageszeitung erinnert derzeit mit einer täglichen Chronik an den Krieg der NATO vor 20 Jahren gegen Jugoslawien. Dort konnte man sich informieren, wie damals Bundeskanzler GERHARD SCHRÖDER, sein Kriegsminister RUDOLF SCHARPING (beide SPD) sowie Außenminister JOSCHKA FISCHER (Bündnis 90/Die Grünen) im Bundestag mit faustdicken Lügen und wider allen Völkerrechts die Bombardierung Jugoslawiens durchgesetzt haben.

Es wurde in dieser Sendung über ein gutes und friedliches Europa diskutiert. Schön wär's, wenn es so wäre. Man will ein großes und starkes Europa sehen – und meint damit nur die EU. Zugleich ist die Angst groß vor dem Zerfall und der Auflösung der EU.

Viele Länder sind in die EU reingepreßt oder zumindest überredet worden. Mittels der Währung des Euro werden die wirtschaftlich schwächeren Länder ausgeplündert. So, wie der Euro, steht auch das Bündnis auf wackeligem Fundament und wird deshalb von vielen Menschen in Europa kritisch beurteilt. Die Mehrheit der Europäer hält nichts von der EU.

EU und NATO agieren als Kriegsbündnisse gegen Rußland und China. Es wäre gut, wenn die friedliebenden Völker erkennen würden, was die Europäische Union WIRKLICH für die Erhaltung des Friedens in Europa tut.

NORBERT GLASKE

Quittung für Ignoranz

Während der Barnim noch um sein Ansehen bangte und in der Auszählung die Frage ständig wechselte, in welchen Teilen des Landkreises CDU, Linke, BVB/FreieWähler oder AfD stärkste Kraft werden, hatte sich Berlin zur Europawahl längst eingegrünt. FRIDAYS FOR FUTURE brachten die Etablierten ausnahmslos zum Aderlaß.

So sieht eine Quittung für Ignoranz und Hinhaltetaktik aus. Auch wenn wir glauben, die Folgen unserer Weichenstellungen erleben wir ja nicht mehr, Hauptsache, wir haben jetzt unseren Spaß, macht sich doch neuerdings eine Generation bemerkbar, der wir jetzt und auch späterhin Fragen beantworten müssen. Doch die gepflegte nette Stille scheint vorbei. Fortwährend hieß es, die Jugend sei unpolitisch und angepaßt. Nun zeigte sich: Die heutige junge Generation ist so widerständig wie lange keine mehr.

Während die alten T-Shirts wohl abgetragen scheinen, hat sich Fridays for Future auch in Eberswalde seinen Treffpunkt definiert - ganz freiwillig und ohne Lobbygeschenke. Zählen wir also doch wenigstens das erst einmal durch.

THOMAS TOBLER

Der Mann, der unser Gepäck kutschiert ist dürr und ich schätze ihn auf etwa 60 Jahre. Mit Geschick und Kraft manövriert er die Karre zum VIAZUL (Busbahnhof). Ich bin froh und mein Rücken ist dankbar, daß wir uns nicht abquälen müssen.

Der Bus fährt gewohnt pünktlich ab. Zurück über Cienfuegos und die Südküste entlang biegt der Bus bald nach Nordosten ab und wir sind ruckzuck über die Autobahn in Varadero angekommen. In unserer Casa werden wir von einem jungen Mann begrüßt. Er spricht gut Englisch und erzählt, daß seine Mutter hier in Kuba lebt und er in Miami. Die Unterkunft ist groß und wie immer sauber und ordentlich. Sogar einen großen Küchenbereich mit einem Kühlschrank gibt es. Allerdings ohne Geschirr, geschweige denn einen Herd oder Töpfe.

Als erstes machen uns auf den Weg zum Meer. Das Wasser ist viel zu warm, um wirklich erfrischend zu sein. Wir besorgen uns Wasser, Rum und Saft. Die Preise sind horrend. Aha, wir sind in Malle von Kuba.

Auf dem Rückweg zur Casa essen wir »echt kubanisch« – einen Jumbo-Hamburger (Käse und gebratenes Hackfleisch auf einem Brötchen) und ein Chicken-Sandwich (Hähnchen mit Brötchen) – und planen die nächsten beiden Tage. Die Aussicht, stundenlang am Strand zu liegen, behagt mir nicht. Dafür brauche ich nicht nach Kuba fliegen. Hartmut möchte das schon, wenigstens für ein paar Stunden. Ihm steht nicht mehr der Sinn nach Besichtigungen. Wir versuchen beides.

Ich finde im Reiseführer einen Park und eine Keramikwerkstatt in Varadero. Auch in Matanzas gibt es Sehenswürdigkeiten, die mich interessieren.

Der Name Varadero (Reparaturdock) geht darauf zurück, daß Kapitäne ab dem 16. Jahrhundert an diesen Ufern vor Anker gingen, um ihre Schiffe auszubessern. Damals war die langgestreckte Halbinsel auch beliebter Unterschlupf für Piraten. Ab 1587 gab es eine Saline (1961 geschlossen), die große Teile der spani-



Cardenas, Hauptstadt des Municipios (Kreis), zu dem auch Varadero gehört, wurde 1828 gegründet und planmäßig angelegt. Eine wichtige Sehenswürdigkeit ist die Kathedrale und das Kolumbusdenkmal im Parque Colón.

Fotos: KORNELIA LUBKE & HARTMUT GLASKE



Rundreise auf der kubanischen Insel (5): *Varadero – weißer Sand und klares Wasser*

Die Kraxelei im Nationalpark bei Trinidad steckt noch in den Knochen, als am nächsten Tag um dreiviertel Fünf Wecken angesagt ist. Nach dem Frühstück wartet schon der Mann mit der Holzschubkarre auf uns. Ich bin schwer beeindruckt – von der jungen Frau unserer Casa, weil sie mich richtig verstand, und von dem Mann, der um diese Zeit vor unserer Tür steht. Wir machen uns auf zu unserer letzten Station auf der kubanischen Insel. Drei Tage in DER Touristenhochburg Varadero stehen uns bevor.

schen lateinamerikaflotte mit dem nötigen Salz für die Überfahrt nach Europa versorgte. Seit dem 19. Jahrhundert entwickelte sich die langgestreckte Halbinsel, die heute durch einen Kanal von der kubanischen Insel getrennt ist, als Sitz für die Sommervillen der kubanischen Haziendabesitzer und ab der Jahrhundertwende beliebtes Ferienziel der reichen Kubaner. Nach dem 1. Weltkrieg entdeckten die US-Amerikaner Varadero für ihren Tourismus, der ab 1950 zum Massentourismus wurde.

Nach der Revolution wurden die Hotels verstaatlicht und der 20 Kilometer lange weiße, feinsandige Strand zur öffentlichen Nutzung freigegeben. Symbol des neuen Tourismus, an dem nun neben Ausländern auch Einheimische aller Schichten teilnehmen konnten, ist der 1960 erbaute Park der »8000 Taquillas« (Taquilla = Umkleideschrank).

Aber wir einigten uns darauf, die Keramikwerkstatt zu besichtigen. Die kleinen Orte vor Varadero sind zwar ohne Touristen, aber was macht man dort?

Am Morgen gehe ich zum Strand und sammle Muscheln. Eine herrlich entspannende Tätigkeit. Nach dem Frühstück suchen wir uns einen lokalen Bus und fahren für knapp 8 Cent bis zur Keramikwerkstatt. Leider machen die Leute dort gerade Pause und kommen erst in dem Moment wieder, als wir gehen wollen. Und auch jetzt sieht es nicht sehr nach kreativem Schaffen aus. Wir schauen uns noch im Verkaufsraum um. Es gibt viele Tiere wie Eidechsen, Schildkröten, Elefanten, Seepferdchen, Libellen und Eulen aus Keramik. Und natürlich typisch kubanische Symbole wie Zigarren und Aschenbecher, die kubanische Flagge und auch Geschirr.

Gegenüber der Keramikwerkstatt sehen wir einen Buchladen. Ich würde ja Vati zu gern ein Buch über Fidel Castro mitbringen. Die gibt es auch in allen Variationen: CIA und Fidel, Fidel in den ersten Jahren, Fidel und die Religion, Fidel und Ché, Fidel und die Revolution, Fidel

und der Sieg usw. Allerdings alles auf Spanisch oder Englisch.

Auf einem großen Stadtplan von Varadero neben der Buchhandlung sehe ich ein Restaurant mit dem Namen »Casa del Chocolate«. Phantastisch an: Ich und Schokolade – wir sind eine Einheit. Wir essen Mousse Chocolate und trinken kalte Schokolade. Beides schmeckt süß, aber kaum nach Schokolade. Wieder was gelernt: Schokolade ist in Kuba anscheinend kaum verfügbar.

Am nächsten Tag fahren wir mit dem lokalen Bus nach Cardenas, 15 km südöstlich von Varadero. Wir sind überrascht: Eine recht große Stadt, voll mit Einheimischen. Hierher verirrt sich nur selten ein Tourist. Die Straßen sind voll mit den verschiedensten Läden. Es gibt alles, was das Bewohner- und Touristenherz begehrt. Nirgends woanders auf Kuba sahen wir ein so umfassendes und reichhaltiges Angebot. Wir machen einen kurzen Stopp in der Kathedrale de la Concepcion Inmaculada. Ein sehr schönes altes Gebäude auf dem Platz des Parks Colon. Davor steht eine Statue von Christopher Columbus.

Den letzten Tag verbringen wir am Strand von Varadero, der übrigens ein Traumstrand ist: Feiner, weißer Sand, klares Wasser und nicht zu tiefes Wasser in den ersten Metern.

Am Nachmittag kaufen wir auf einem kleinen Markt noch ein Cuba-T-Shirt und eine Fotografie von Ché und Fidel für unseren Vater. Und 2 Cuba-Flaggen zum Kleben. Eine will ich mir an die Heckscheibe meines Autos machen.

Eine halbe Stunde vor dem festgelegten Abfahrtstermin zum Flughafen ist unser Fahrer an der Casa. Jetzt aber hurtig: Koffer schnappen, ¡Muchas gracias und ¡Adiós, Cuba.

Wir haben sehr viele unterschiedliche Eindrücke von diesem Land bekommen. Noch lange werden wir zu Hause mit Familie und Freunden darüber sprechen. Und kubanischen Rum trinken und eine Havana paffen.

KORNELIA LUBKE

Bald »Kino im Kiez« möglich

Eberswalde (bbp). JÖRG RENELL, der Leiter des Gemeindezentrums im »Dietrich Bonhoeffer Haus« in der Potsdamer Allee 35 nutzte die Zusammenkunft des Kiez-Sprecherrates am 6. Mai, um sich herzlich bei Jens Aßmann für eine Spende der WHG Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft in Höhe von 500 Euro zu bedanken. Aßmann vertritt die WHG im Sprecherrat. Das Geld soll für ein Film- und Kinoprojekt im Gemeindehaus verwendet werden und so das Kulturangebot im Quartier erweitern. Inzwischen habe er das Geld bereits in einen Beamer umgesetzt, berichtete Jörg Renell. Eine passende Leinwand war schon vorher erworben worden. Er freut sich nun

schon darauf, kurzweilige Filmmachmittage für Groß und Klein erlebbar im Gemeindehaus zu machen. Er bedankt sich auch beim Stadtverordneten Carsten Zinn, den er als Ideengeber zur Scheckübergabe eingeladen hatte.

»Die WHG unterstützt im Rahmen ihrer sozialen Verantwortung verschiedene soziale Projekte in der Stadt zur Förderung von nachbarschaftlichen Strukturen in den Wohnquartieren«, erläutert die Leiterin Kundenbetreuung und Prokuristin Doreen Boden. »Das Gemeindezentrum im BBV leistet eine großartige Arbeit, die wir sehr schätzen, denn auch unsere Mieterinnen und Mieter nutzen die Angebote im Dietrich-Bonhoeffer Haus«, so Jens Aßmann bei der Übergabe.

Reiseland Nordkorea

Am 13. Juni lädt die Studiengruppe Korea-Deutschland, Ortsgruppe Eberswalde, zu einem Reisebericht in die Demokratische Volksrepublik Korea in das Bürgerbildungszentrum (BBZ) Amadeu Antonio (Puschkinstr. 13) ein.

Der erfahrene Reiseleiter BODO QUAND erzählt über das hier unbekannt Land und informiert über die aktuellen Reisepläne im Jahr 2019, zu der eine »Große Nordkorea-Peking-Rundreise« gehört. Wir wollen mit dieser Veranstaltung den Bürgerinnen und Bürgern eine weitere Gelegenheit anbieten, um fremde Kulturen, ungeklärte Fragen, einschließlich Meinungsverschiedenheiten, im gegenseitigen Gespräch zu diskutieren, zu erläutern und wenn möglich zu klären. Die konkreten Vor-Ort-Erfahrungen unseres Gastes werden dabei gewiß hilfreich sein.

Die Eberswalder Mitglieder der Studiengruppe Korea-Deutschland werden darüber hinaus eine Vielzahl von Dokumenten und Materialien zur Information bereithalten.

Die Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Reiseland Nordkorea findet am Mittwoch, den 13. Juni, im BBZ Raum 2.25 statt. Beginn ist 15 Uhr. Zur finanziellen Absicherung dieser Veranstaltung und kommender Aufgaben bitten wir um eine Spende.

KARL DIEDRICH

Endlich beginnen

*Was wäre schöner als sehr viel Geld?
Das wäre Frieden auf dieser Welt!
Wer immer wieder verdient an Kriegen,
der liebt keinen Frieden.*

*Wo Bomben fallen und Menschen schreien,
dort können keine Kinder gedeihen
Wenn ihr eure Kinder liebt,
dann wehrt euch gemeinsam gegen Krieg!*

*Den Kapitalismus bezwingen,
heißt den Frieden gewinnen!
Nicht mehr lange besinnen,
sondern endlich beginnen.*

DIE ROTE OMA

Kommunales Kino

Am Freitag, dem 7. Juni, zeigt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 um 19.30 Uhr im kommunalen Kino den Film »Shoplifters - Familienbande« (Japan 2018). Eintritt 6 Euro.

Eine große Familie lebt auf engstem Raum in einem kleinen Häuschen. Sie sind Außenseiter. Mit dabei auch die Großmutter, gespielt von der japanischen Legende Kirin Kiki. Sie leben von ihrer geringen Unterstützung, zudem gehen Vater und Sohn auf wahrhaft meisterliche Diebeszüge durch die Läden. Eines Tages stoßen sie auf ein kleines, völlig verwahrlostes Mädchen, nehmen es auf und lieben es wie eine eigene Tochter, während die Polizei ihnen als angeblichen Entführern auf der Spur ist. (Länge: 121 Minuten, FSK: 12)

Am 14. Juni, 20 Uhr, gastiert ds Theater Oliv aus Mannheim mit ihren »Bordellgeschichten«. Eintritt 12 Euro.

GISBERT AMM

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstr. 1 · 16247 Joachimsthal · www.heidekrug.org

Ausstellung

Der syrischen Künstler Jehad Alrwasheda, Künstlername Jehad Hannon, wohnte bis vor kurzem in einem Übergangwohnheim. Nun hat er eine Ausstellung mit eindrucksvollen Bildern vorbereitet. Eröffnung ist Sonnabend, der 8. Juni, 15 Uhr in der Dorfkirche Ladeburg. Bis 30. Juni ist die Ausstellung an allen Samstagen, Sonn- und Feiertagen von 14-18 Uhr sowie auf Nachfrage (Tel. 03338/7755095, eMail: dorfkirche-ladeburg@t-online.de) geöffnet. Eintritt frei!

EVA MARIA REBS

Rentensprechstunde

Rentenempfänger können einmal im Monat Fragen zu ihren Rentenbescheiden klären. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt Hilfestellung beim Lesen der Bescheide und Formulieren von Widersprüchen. Der nächste Termin ist am 12. Juni, von 10 bis 12 Uhr im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE

Wandertips

von BERND MÜLLER

Dampferfahrt auf dem Werbellinsee

Sonntag, 9. Juni, Dampferfahrt und Wanderung Werbellinsee (8 km)

Mit dem Dampfer (4 Euro) schippern wir um 12.30 Uhr von Joachimsthal nach Altenhof. Nach der Ankunft um 13.15 Uhr beginnt eine gemütliche Zwei-Stunden-Wanderung durch herrliche Natur zurück nach Joachimsthal.

Festes Schuhwerk und Trittsicherheit erforderlich! Teilweise schlechte Wegstrecke am nordöstlichen Steilufer. Kaffee und Kuchen bei Rast auf der Voigtswiese. Tourleiter ist Hartmut Lindner.

Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln: Anreise mit Bahn ab Eberswalde Hbf. um 11.17 Uhr, Ankunft Kaiserbahnhof um 11.35 Uhr, 10 Minuten Fußweg zum Anleger. Rückfahrt mit dem Zug um 16.25 oder 17.25 Uhr ab Kaiserbahnhof nach Eberswalde. Treff: 12.15 Uhr, Anleger Reederei Wiedenhöft, Seerandstraße 23, Joachimsthal.

Wanderung zur Landpartie

Samstag, 15. Juni, 6 km

Die Tour mit Corinna Gerber startet in der Waldstadt und führt durch das Landschaftsschutzgebiet Freienwalde Waldkomplex entlang der Ahrendskehle bis nach Dannenberg. Hier besuchen wir den künftigen Demeter Hof Produktivgesellschaft Dannenberg, welcher kulinarisches, Musikalisches und Wissenswertes für alle Freunde der Landwirtschaft bereit hält. Nach einem längeren Aufenthalt treten wir gestärkt und ausgeruht den Rückweg an.

Treff: 11:00 Uhr NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V., Danckelmannstrasse 28, 16259 Bad Freienwalde

Die Pyramide von Garzau

Sonntag, 23. Juni, circa 8 km

Tourleiterin Manuela Grundmann führt uns zur Bio-Imkerei Lahres und anschließend zur Pyramide von Garzau. Dort gibt es ein Picknick in der Natur.

Start: 11 Uhr Bio Imkerei Lahres, Am Gutshof 3, 15345 Garzau

Brodowin – das Dorf der sieben Seen

Sonntag, 30. Juni, Wanderung rund um Brodowin (8,3 km)

Gudrun Jäger führt heute von der Buswendeschleife in Brodowin über die Brodowiner Karpaten nach Pehlitz und wieder zurück nach Brodowin. Die durch die Eiszeit geformte Landschaft hält viele Überraschungen für uns bereit.

Treff: 13.30 Uhr Buswendeschleife am Ortsende in Richtung Liebe, Brodowiner Dorfstrasse 6, 16230 Chorin Ortsteil Brodowin

Anmeldung unter 03344/3002881 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Frauenrechte beim Stadtfest

Eberswalde (ww/bbp). Neben auswärtigen Ausstellern, Handwerkern und Künstlern hat sich erstmalig die Eberswalderin Dr. Waltraud Voigt mit ihrer »Galerie für www.frauenrechte.de« um einen Stand bemüht, an dem sie ihre Werke und Flyer zum Thema weibliche Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation = FGM) öffentlich macht. Desgleichen liegt Literatur zu diesem Thema aus. Das eingenommene Geld wird als Spende zur Zentrale nach Berlin weitergeleitet: Terre des Femmes, Brunnenstraße 128, 13355 Berlin.

Seit 1981 arbeitet diese Organisation für Frauenrechte, gegen Gewalt an Frauen, Zwangsprostitution, Kinderprostitution, Frauenhandel, FGM, Zwangsheirat, Mord im Namen der Ehre – ohne staatliche Unterstützung, nur mit Spenden, sehr erfolgreich. Die Ärztin im Ruhestand versucht bereits seit 18 Jahren mithilfe ihrer Kunst, diese Arbeit von Frauen und Männern zu unterstützen. In den Ländern Benin, Sierra Leone und Mali zum Beispiel ist diese Hilfe sehr erwünscht und hilft beim Bau von Frauenhäusern, bei der Bildung von Frauen und der gesundheitlichen Aufklärung. Manche Regierungen afrikanischer Länder, z.B. Ke-



»Erwarten«. Aquarellstift. 2004

nia, wünschen die Mithilfe von TdF (Terre des Femmes) nicht, leider. Trotzdem hat diese Stiftung schon viel erreicht.

Den Stand der »Galerie für www.frauenrechte.de« finden Sie zum Eberswalder STADTFEST FINE am Sonnabend, den 15. Juni, ab 10 Uhr in der Steinstraße gegenüber dem Museum. »Wir hoffen auf eine schöne Einnahme aus dem Verkauf der angebotenen Sachen und aus Spenden, um den nervenaufreibenden Einsatz dieser Männer und Frauen zu unterstützen«, sagt Dr. Waltraud Voigt.

Podiumsdiskussion

aufstehen für gute Pflege ist Daseinsfürsorge
Mittwoch, 12. Juni, 19 Uhr
BBZ Amadeu Antonio (Puschkinstr. 13 in Ebw.)
aufstehen Die Sammlungsbewegung Barnim

Zuckerfest

Der Beirat für Migration und Integration des Landkreises Barnim lädt zum traditionellen Zuckerfest. Die islamische Welt begeht dieser Tage ihren Fastenmonat Ramadan. Traditionellerweise feiern die Menschen das Ende dessen im Kreis ihrer Familien und Vertrauten.

Gemeinsam möchten wir daher zum Fest Idu l-Fitr (Zuckerfest) einladen. Wir heißen alle Interessierten am Freitag, den 7. Juni, um 18 Uhr im AWO Saal (An der Stadtmauer 12, 16321 Bernau) willkommen. Wir freuen uns auf ein würdevolles und bereicherndes Miteinander. Es ist wichtig, daß gerade in der jetzigen Zeit ein Zeichen des friedlichen Miteinanders gesetzt wird. Muslimische Gelehrte und Imame werden zum religiösen und kulturellen Hintergrund des Festes berichten. Es werden arabische und türkische Speisen gereicht und Spielmöglichkeiten für Kinder angeboten.

PÉTER VIDA, Vorsitzender des Beirates für Migration und Integration des Landkreises Barnim

Ausstellung

Der syrischen Künstler Jehad Alrasheda, Künstlername Jehad Hannon, wohnte bis vor kurzem in einem Übergangwohnheim. Nun hat er eine Ausstellung mit eindrucksvollen Bildern vorbereitet. Diese wird am Samstag, 8. Juni, 15 Uhr in der Dorfkirche Ladeburg eröffnet. Die Ausstellung ist bis zum 30. Juni an allen Samstagen, Sonn- und Feiertagen von 14-18 Uhr sowie auf Nachfrage (Rosel W.-Marsing, Tel. 033387755095, eMail: dorfkirche-ladeburg@t-online.de) geöffnet. Der Eintritt ist frei!
EVA MARIA REBS

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
internet: www.barnimer-buergerpost.de
redaktion: Gerd Markmann
drucker: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088
redaktionsschluß: 31. Mai 2019

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 19. Juni 2019.

Ehrenamtliche Bibliothek im »Bahnhofstreff«

»Bahnhofstreff« Finow: Tel. 03334-383586

www.barnimer-buergerpost.de

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über einen Postzustelldienst wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)